Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 166. | Dresden, Freitag den 21. Juli 1916 | 27. Jahrg.

Ein englisch-französischer Riesenangriff gescheitert.

Wohnen und Bauen nach dem Kriege.

Von August Winnig.

Die Weissagungen über die Zukunft des Baugewerbes, in denen sich im ersten Kriegsjahre so viele Leute übten, sind allgemach verstummt. Mancher, der früher den Himmel voller Geigen sah, will heute nichts gesagt haben; denn ob man auch die Umstände, die für eine Förderung der Bautätigkeit sprechen, noch so hoch wertet, so kann doch niemand verborgen bleiben, daß die Kalkule der Gegenseite stetig an Gewicht gewinnen und daß der Ueberblick immer schwieriger, die Gesichtsicherheit dagegen immer größer wird. Es soll hier versucht werden, die für die künftige Gestaltung des Wohnungswesens und der Bautätigkeit wichtigsten Punkte zu kennzeichnen und zu würdigen.

Die Bautätigkeit stützt sich auf private und allgemeine Bedürfnisse; sie dient entweder dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Wohnung oder dem Bedürfnis der Erwerbsunternehmungen nach Betriebsräumen und -anlagen oder dem Bedürfnis der Behörden und Körperschaften nach Gebäuden für öffentliche und allgemeine Zwecke.

Schon diese grobe Umschreibung zeigt, daß die Bautätigkeit aufs innigste mit dem allgemeinen Stande der Volkswirtschaft verknüpft ist. Schon das Wohnbedürfnis hängt ganz äußerlich von der Bevölkerungszahl, von ihrer Vermehrung und Bewegung ab. Weiter wird es bestimmt von den Ansprüchen, die die Masse der Bevölkerung an ihre Wohnung stellt, die wiederum von den Einkommensverhältnissen, von der Lohnhöhe und von den sonstigen Kosten des Lebensunterhalts abhängig sind. Alle diese Umstände zusammen aber werden in letzter Linie vom Stande der Volkswirtschaft und von ihrer Entwicklungsrichtung bestimmt. Das gleiche ist aber auch maßgebend für das Baubedürfnis der Erwerbsunternehmungen. Auch hier kann sich das Bedürfnis nach Erbauung neuer Anlagen oder Erweiterung der bestehenden nur einstellen, wenn Handel und Wandel blühen, wenn die Volkswirtschaft prosperiert. Ohne vorteilhaften Absatz ihrer Produkte kann auch die bestorganisierte Industrie keine Erweiterungs- oder Neubauten in Auftrag geben. Es versteht sich danach von selbst, daß auch die Bautätigkeit für öffentliche Zwecke stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflußt wird: neue Bahnhöfe, Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude, Museen usw. baut man nur, wenn die gestiegene Zahl der Bevölkerung sie notwendig und der Stand des öffentlichen Geldwesens sie möglich macht.

Die letzten zwei Jahrzehnte vor dem Kriege hatten einen stürmischen Aufschwung des Baugewerbes gesehen. Von den 34,2 Millionen Lohnarbeitern, die bei der Berufszählung 1907 festgestellt wurden, gehörten allein 1,6 dem engeren Baugewerbe an; ihre Zahl war seit der vorausgegangenen Berufszählung von 1895 weit stärker gewachsen als die Zahl der in Industrie und Bergbau insgesamt tätigen Arbeiter, ihr Anteil an deren Gesamtzahl hatte sich von 15 auf 17 vom Hundert vermehrt. Das war die Folge des riesenhaften Wachstums der deutschen Industrie und der schnellen Zunahme der städtischen Bevölkerung; ein stärkeres Bedürfnis nach gewerblichen Neuanlagen und nach Wohnräumen für die wachsende Arbeiterzahl hatte dem Baugewerbe vermehrte Arbeit und Verdienst gebracht und die natürliche Folge war ein starker Zustrom von Arbeitskräften und Unternehmerkapital.

Es ist danach klar, daß eine ernsthafte Erschütterung der deutschen Volkswirtschaft, wie sie eintreten müßte, wenn Englands Pläne gelängen, auch dem deutschen Baugewerbe verhängnisvoll würde. Angesichts des noch immer ungewissen Ausgangs kann man darum auf die Frage nach der Zukunft des Baugewerbes überhaupt keine positive Antwort geben; diese Zukunft liegt, wie noch so manche andere, bei den Maschinengewehren und Mörsern von Verdun und Peronne.

In Erinnerung an die Erfahrungen nach dem Kriege 1870/71 hat man geglaubt, für den Friedensschluß das Eintreten einer großen Wohnungsnot voraussagen zu können. Ein Vergleich der Gegenwart mit jener Zeit im ersten Vierteljahr des Kriegs könnte noch einigen Sinn haben, heute fehlt ihm jede Spur von Berechtigung. Die Ursache jener Wohnungsnot lag in der großen Zahl von Eheschließungen, die dem Kriege folgte, und überdies beschränkte sie sich auf eine sehr geringe Zahl von größeren industriereichen Städten. Wie ganz anders ist das heute: damals bestand das Feldheer zum größten Teil aus den jüngeren Jahrgängen, also aus ledigen Leuten. Der Verlust durch Tod war verhältnismäßig gering, und ebenso gering war infolgedessen die Zahl der durch den Krieg aufgelösten Haushalte. Die Eheschließungen, die alsbald nach Rückkehr der Kombattanten erfolgten, glichen diesen Abgang mehrfach aus. Wie anders es heute ist, braucht man kaum im einzelnen anzugeben. Nach den Statistiken der Gewerkschaften sind von je 100 Kriegsteilnehmern 70 bis 75 verheiratet. Der Landsturm, der 1870 überhaupt nicht aufgerufen wurde, steht jetzt seit anderthalb Jahren im Felde. Die Verluste durch Tod sind vielleicht zehnmal oder zwanzigmal so groß wie in jenem Kriege. Das bedeutet die Auflösung von Hunderttausenden von Haushalten. Denn wo der Ehemann gefallen ist, gibt die hinterbliebene Familie in Anpassung an die verschlechterten Einkommensverhältnisse in der Regel auch die frühere Wohnung auf, um sich eine billigere zu suchen. Es ist immerhin sehr ungewiß, ob dieser ungleich größere Abgang an Familienhaushalten durch die dem Kriege folgenden Eheschließungen ausgeglichen werden kann.

Wird man so zu dem Schlusse kommen können, daß nach dem Kriege ein besonderes Bedürfnis nach vermehrten Wohnungen nicht eintreten wird, so besteht aber doch eine Wohnungsfrage sehr ernster Art.

Der Krieg hat die Armen noch ärmer gemacht. Diese Tatsache drückt sich auch in einer merkbaren Abwanderung der Familien von den mittleren und kleinen Wohnungen zu den kleinen und kleinsten aus. Die jüngst herausgekommene Schrift des Reichsamts für Statistik (6. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes) läßt allerdings aus erklärlichen Gründen diesen Umstand nicht so stark in den Vordergrund treten. Die Zahl der leerstehenden kleinen und kleinsten Wohnungen hat sich keineswegs so erheblich und allgemein verringert, wie man das angesichts dieser überall zu beobachtenden Abwanderung annehmen möchte. Aber das ist lediglich die Folge der völligen Auflösung vieler Haushalte, wo die zurückgebliebene Frau die eigene Wohnung ganz aufgegeben hat und wieder in das elterliche Haus oder in einen Dienst zurückgekehrt ist. Die Kleinwohnungen, die hierdurch frei wurden, konnten von den Familien, die eine größere Wohnung aufgaben, bezogen werden, so daß eine Verminderung der leerstehenden Kleinwohnungen nicht einzutreten brauchte.

Hier wird die dem Friedensschlusse folgende Zeit höchstwahrscheinlich eine Notlage schaffen, auf die man sich jetzt schon vorbereiten sollte. Es wird sicherlich nicht an Wohnraum, wahrscheinlich aber an Kleinwohnungen fehlen, denn sehr viele der zurückkehrenden Feldzugsteilnehmer werden sich aus zwingenden Gründen auf Kleinwohnungen angewiesen sehen und für diesen mit ziemlicher Sicherheit zu erwartenden Bedarf reicht der Leerbestand an Kleinwohnungen nicht aus.

Darin besteht die Wohnungsfrage. Mögen die Gemeinden und Regierungen ihren Ernst erfassen und die Wege zu ihrer Lösung ebnen.

(W. T. B.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 21. Juli 1916:

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der gestern gemeldete englische Angriff in der Gegend von Fromelles am 19. Juli ist, wie sich herausgestellt hat, von zwei starken Divisionen geführt worden. Die tapfere bayerische Division, auf deren einen Frontabschnitt er stieß, zählte mehr als 2000 Leichen des Feindes im Vorgelände und hat bisher 481 Gefangene, darunter 10 Offiziere, sowie 15 Maschinengewehre abgeliefert.

Auf beiden Ufern der Somme holten die Feinde gestern, wie erwartet wurde, zu einem Hauptschlage aus. Er ist gescheitert.

Die Angriffe wurden nach kräftigster Vorbereitung auf einer Front von nahezu 40 Kilometern von südlich Pozières bis westlich Vermandovillers in zahlreichen Wellen angesetzt. Mehr als 17 Divisionen mit über 200 000 Mann nahmen daran teil. Das kärgliche Ergebnis für den Gegner ist, daß die erste Linie einer deutschen Division in etwa 3 Kilometer Breite südlich von Hardecourt aus dem vordersten in den 800 Meter dahinterliegenden nächsten Graben gedrückt wurde und daß feindliche Abteilungen in das vorspringende Wäldchen nordwestlich von Vermandovillers eindrangen. Auf der gesamten übrigen Front zerschellten die wütenden Anläufe an der todesmutigen Pflichttreue unserer Truppen unter außerordentlichen Verlusten für die Feinde. Auch der im Grabenkriege überraschende Einsatz englischer Reiterei zu Pferde konnte daran natürlich nichts ändern. Es sind bisher 17 Offiziere und rund 1200 Mann gefangengenommen worden.

Von der übrigen Front sind Ereignisse von besonderer Bedeutung nicht zu berichten. Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit war südlich des Kanals von La-Bassée und nordwestlich von Lens sowie in den Argonnen und beiderseits der Maas zeitweise gesteigert. Nördlich von Ben-Dresse (im Aisne-Gebiet) gingen kleine französische Abteilungen nach ergebnisloser Sprengung vor und wurden abgewiesen; der Trichter wurde von uns besetzt.

Ein im Luftkampfe abgeschossenes feindliches Flugzeug liegt zertrümmert südlich von Pozières, ein anderes ist nordöstlich von Bapaume in unsere Hände gefallen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

Südöstlich von Riga raffte sich der Feind nur zu einem schwächlichen Angriffsversuche auf, der im Keime erstickt wurde. Russische Versuche, beiderseits von Friedrichstadt über die Düna zu setzen, wurden verhindert; nördlich von Dweten hat eine kleine Abteilung das Westufer erreicht. Nordöstlich von Smorgon sind vorgeschobene Feldwachen überlegenem feindlichen Angriffe ausgewichen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen

Nachdem zwischen Werben und Korsow russische Angriffe zum Stehen gebracht waren, wurde der nach Werben vorspringende Bogen vor erwarteten umfassenden Angriffen zurückgenommen.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer

Abgesehen von kleinen Vorfeldkämpfen keine Ereignisse.

Von englisch-französischer Seite werden in leicht zu durchschauender Absicht die merkwürdigsten Fabeln über deutsche Verluste im Somme-Gebiete zu verbreiten gesucht. So wird von Boldhu in alle Welt gefunkt, aus einem gefundenen Schriftstücke ginge hervor, daß ein Bataillon des 119. Reserveregiments von seinem Bestande von 1100 Mann 960 verlor, während zwei andere Bataillone desselben Regiments mehr als die Hälfte ihres Effektivbestandes einbüßten. Zur Kennzeichnung solcher Ausstreuungen und zur Beruhigung der schwäbischen Heimat des Regiments wird bemerkt, daß seine Gesamtverluste in den letzten Wochen bis gestern glücklicherweise wenig über 500 Mann, also etwa ein Viertel der englischen Angabe, betragen, so beklagenswert auch dies an sich schon ist.

Oberste Heeresleitung.

Erneute französische Fliegerangriffe auf offene deutsche Ortschaften.

Berlin. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 20. Juli. In der Nacht vom 17. zum 18. Juli hat ein erneuter französischer Fliegerangriff auf eine offene deutsche Stadt stattgefunden. Das Ziel war die kleine Schwarzwaldortschaft Kandern, in der eine Frau mit ihren vier Kindern getötet wurde. Nach den heutigen ergänzenden Nachrichten sind auch die Schwarzwaldortschaften Holzen und Mappach angegriffen worden. An beiden Orten entstand aber nur unbedeutender Sachschaden. Die drei Ortschaften liegen, wie alle jenseits des Rheins von unseren Gegnern gewählten Ziele, außerhalb des Operationsgebiets und sind ohne jede militärische Bedeutung.

Deutsche Luftangriffe sind bisher nur gegen Festungen oder gegen Anlagen in Ortschaften gerichtet worden, die innerhalb des Operationsgebiets als Bahnknotenpunkte, Truppenlager oder Verladestationen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Operationen stehen. Alle im französischen Funkspruch vom 28. Juni nachmittags genannten Ortschaften: Bethune, Amiens, Hazebrouck, Bar-le-Duc, Epernay, Esmes, St. Dié, Gerardmer, Luneville, Barcarad und Raon l'Etape, entsprechen diesen Voraussetzungen.

Der erneute französische Angriff gegen die militärisch bedeutungslosen kleinen Schwarzwaldortschaften zeigt, wie die Angriffe auf Freiburg und Karlsruhe, die Absicht, Luftangriffe nicht gegen militärische Anlagen oder Truppen, sondern gegen die friedliche, wehrlose Bevölkerung des Hinterlandes zu richten.

Die Versuche der französischen Heeresleitung, dies als Vergeltungsmaßregeln zu rechtfertigen, sind nicht stichhaltig, vielmehr werden wir gezwungen sein, unsere bisher zu Bombenangriffen noch nicht eingesetzten starken Kampfgeschwader für diesen Zweck zu verwenden. Eine große Zahl friedlicher französischer Städte außerhalb des Operationsgebiets liegt erreichbar für unser Luftgeschwader vor unseren Linien. (W. T. B.)

Zur Heimreise der Deutschland.

Nach einer Meldung der Voss. Ztg. wird dem Petit Parisien aus Washington gemeldet: Die amerikanische Zensur hat dem Kapitän König aus Neutralitätsrücksichten die Absendung eines Funkspruches nach Berlin untersagt. In Deutschland freundlichen Kreisen geht das Gerücht von einem Anschlag der Alliierten, das Tauchschiff auf hoher See in die Luft fliegen zu lassen. Neuyorker Blätter brachten gestern früh die Nachricht, England habe bei der amerikanischen Regierung verlangt, daß sie der Deutschland untersage, die amerikanischen Küstengewässer unter Wasser zu durchfahren.

Das Reuterbureau meldet unterm 20. Juli: Die Deutschland lag heute morgen noch am Hafendamm, obwohl alles darauf hinweist, daß das Schiff gestern abend zur Abfahrt fertig war. In der Nähe des U-Bootes lag ein Schleppboot unter Dampf, um ihm beizustehen. Ein umherfahrender Dampfer versuchte Boote, in denen sich Journalisten befanden, zu bewegen, nach dem Hafen zurückzukehren, da sie den Kapitän König in der Ausführung seiner Pläne nur behinderten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Petersburger Börsenzeitung erfährt aus diplomatischen Kreisen: Nachdem Amerika endlich das U-Boot Deutschland als Handelsschiff anerkannt hat, ist ein diplomatischer Konflikt zwischen der Entente und den Vereinigten Staaten unvermeidlich. Die alliierten Mächte können unmöglich einen derartigen Standpunkt anerkennen und haben das internationale Recht auf ihrer Seite. Ihre Auffassung steht nicht einmal in direktem Widerspruch zu der aufgehobenen Londoner Deklaration, und die Vereinigten Staaten müssen mit der Sachlage rechnen, die jetzt geschaffen ist.

Zur Ausfahrt der „Deutschland".

•

Die Aufbringung der holländischen Fischdampfer.

Rotterdam, 20. Juli. Nach amtlichen Meldungen der holländischen Konsuln in England gibt die Regierung als Grund für die Aufbringung der 170 holländischen Fischdampfer an, daß die endgültige Bestimmung der Fische, hauptsächlich Heringe, Deutschland sei. Dazu bemerken die holländischen Blätter, daß, wenn dem so wäre, Holland keinen einzigen Hering verzehren würde, aber tatsächlich bilden die Heringe in Holland das beliebteste Volksnahrungsmittel an Stelle von Fleisch.

•

Versenkt.

Havre, 20. Juli. (Reuter.) Die als Patrouillenfahrzeuge aufgefundenen Fischdampfer Onward, Eva und Nelly Mutton wurden von deutschen Unterseebooten versenkt. Elf Ueberlebende wurden gerettet.

Ein italienischer Befehl.

Wien, 19. Juli. Das Kriegspressequartier meldet: Ein bei einem gefangenen italienischen Unteroffizier gefundener Befehl verspricht für jeden gefangenen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee zwanzig, für jeden Unteroffizier dreißig und für jeden Offizier sechzig Lire. Dieser auf den allbekannten Geschäftssinn, der der italienischen Nation innewohnt, geschickt bedachtnehmende Befehl geht in seiner klugen Berechnung so weit, daß er den Soldaten zuruft: Geht vorsichtig vor, wie auf der Jagd, trachtet die feindlichen Patrouillen zu umzingeln und die Kommandanten niederzumachen, sofort werden sich dann die andern ergeben. Ihr werdet zwar dadurch 30, beziehungsweise 60 Lire für den Kommandanten verlieren, um so leichter aber sovielmal zwanzig Lire verdienen, als ihr Soldaten einbringen werdet. Vom Mute der italienischen Soldaten scheint der Befehl ungerechterweise nicht viel zu halten, schließt er doch mit den Worten: und dann noch ein Vorteil: Gegen wenige Männer, die richtig vorzugehen wissen, richtet die feindliche Artillerie nichts aus. Ja sie schießt nicht einmal; also drauf los, auf die Jagd gegen die Oesterreicher! Den bisher gesammelten Nachrichten über das Verhältnis zwischen Führern und Soldaten im italienischen Heere schließt sich dieser Befehl würdig an.

•

Der italienische Ministerrat verschoben.

Chiasso, 20. Juli. Der für heute angesagte Ministerrat wurde deshalb verschoben, weil Bissolati und Corcano (die sich nach der Kriegszone begaben, um dem König über die Londoner Konferenz zu berichten) noch nicht nach Rom zurückgekehrt sind. Von dem Ministerrate wurde eine allgemeine Klärung der deutsch-italienischen Beziehungen erwartet. Ein Erlaß, durch den deutsche, türkische und bulgarische Staatsangehörige in der Behandlung den Oesterreichern gleichgestellt werden sollen, gilt allgemein als Repressalie gegen die letzten deutschen Maßnahmen und als Vorbote der Kriegserklärung. Corriere della Sera schreibt: Das Kabinett hat seinen Weg gewählt und die Entscheidung läßt nicht mehr lange auf sich warten. Die Presse aller Parteien, die der offiziellen Sozialisten ausgenommen, spricht sich für die Kriegserklärung aus. Diese Propaganda wird sichtlich von oben begünstigt.

Die Ankunft der Vierverbandsmunition in Rumänien.

Bukarest, 20. Juli. Die ersten dreißig Waggons mit Munition für Rumänien sollen nach einer Meldung des Adeverul aus Jassy gestern in Ungheni eingetroffen und zwei weitere Züge mit je dreißig Waggons Munition bereits von Petersburg abgegangen sein. Die Munition soll nach Jassy gebracht und dort umgeladen werden. Eine Kommission rumänischer Beamter mit Hauptmann Draganescu von der Direktion für Munitionen an der Spitze hat sich bereits an die Grenze begeben, um die Munition entgegenzunehmen. Die Meldung klingt mit Rücksicht auf die bereits gemeldete Verständigung, die zwischen Bratianu und den Gesandten der Entente in der Munitionsfrage erzielt worden ist, nicht unwahrscheinlich und entbehrt nicht einer gewissen Bedeutung für die Beziehungen Rumäniens zum Vierverbande.

•

Schließung der bulgarisch-rumänischen Grenze.

Eine Depesche des Matin aus Bukarest teilt die Schließung der bulgarisch-rumänischen Grenze mit. Man kennt die Gründe für diese Maßregel nicht.

Der englisch-französische Blutverlust.

Dem Berl. Lokalanz. wird aus Genf gemeldet: Der an der Somme kommandierende General Foch sah sich zum weiteren Aufschub seines bereits als unmittelbar bevorstehend angekündigten größeren Unternehmens genötigt. Es fehlt die wichtigste Voraussetzung für die Erneuerung des französischen Vorstoßes, denn abermals blieb die Hoffnung auf einen für den Frontausgleich entscheidenden Geländegewinn Haigs unerfüllt. Der von den Engländern unumwunden anerkannte Heldenmut der deutschen Verteidiger vereitelte Haigs Absichten. In Paris ist große Enttäuschung unverkennbar.

Wenn die französische Regierung auch keine Verlustlisten veröffentlicht, so weiß man in der militärischen und politischen Welt natürlich doch, zu welch enormen Verlusten die Kämpfe bei Verdun und an der Somme geführt haben. Die Zeitungen dürfen nur Privat-Todesanzeigen veröffentlichen, aber aus diesen immer länger werdenden Listen ergibt sich das Anwachsen der Verluste. Die Zunahme der Verluste wirkt natürlich auch auf die Stimmung der politischen Welt zurück, und der politische Mitarbeiter des radikalen Bonnet Rouge betont die Notwendigkeit, den Krieg in Sparsamkeit zu führen, nicht nur an Geld und Material, sondern auch Schonung der Mannschaften. Für Frankreich sei es notwendig, an das Ende des Kriegs zu denken und an die Zukunft des Landes, das sich durch augenblickliche Erfolge über die Schwierigkeiten des Kriegs täuschen läßt. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Heeresleitung mit Recht für sich das Verdienst in Anspruch nimmt, die feindlichen Tagesberichte vertrauensvoll dem deutschen Publikum zu unterbreiten. Wenn die deutsche Heeresleitung sich hierauf berufe, so erteilt sie damit der französischen Heeresleitung einen direkten Verweis. Das französische Volk habe es jetzt mehr wie je nötig, über die Wirklichkeit unterrichtet zu sein, und insbesondere sei es die Pflicht des Parlaments, die Regierung zu beaufsichtigen.

•

Rotterdam, 21. Juli. Die englische Offensive beginnt nunmehr auch in den offiziellen Listen sichtbar zu werden. Die von Sonntag zu Montag veröffentlichte Liste verzeichnet den Verlust von 687 Offizieren, von denen 228 getötet wurden, außerdem 2480 Unteroffizieren; die Dienstagblätter enthalten die Namen von 848 Offizieren, von denen 73 getötet und 71 vermißt sind, sowie 1891 Unteroffizieren, darunter 95 Kanadiern.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 20. Juli 1916:

Russischer Kriegsschauplatz:

In der Bukowina und nordöstlich des Prislop-Sattels keine Ereignisse von Belang.

Bei Zabie und Tatarow hielt auch gestern die Kampftätigkeit in wechselnder Stärke an.

An der galizischen Front nördlich des Dnjestr stellenweise Vorpostengefechte. In Wolhynien drängten deutsche Truppen den Feind westlich der von Zwiniacze nordwärts führenden Niederung zurück. Im Stochod-Knie, südöstlich von Kasjowka, überfielen österreichisch-ungarische Abteilungen eine vorgeschobene Schanze der Russen.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Gefechtstätigkeit war im allgemeinen gering. Nur einzelne Abschnitte der Tiroler Ostfront und des Kärntner Grenzgebiets standen zeitweise unter lebhafterem Feuer der feindlichen Artillerie.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

An der unteren Vojusa Geplänkel. Die Besatzung einer süddalmatinischen Insel schoß einen italienischen Flieger ab. Das Flugzeug ist verbrannt; die Insassen wurden gefangen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli wurde von unsern Torpedobooten in der mittleren Adria ein italienisches Unterseeboot, zwölf Stunden später in der südlichen Adria ein Unterseeboot unbekannter Flagge vernichtet. Von beiden Bemannungen konnte niemand gerettet werden. Unsererseits keine Verluste.

Am 19. Juli früh überflogen drei italienische Seeflugzeuge das nördliche Inselgebiet und warfen einige Bomben auf Oertlichkeiten und gegen verankerte und fahrende Dampfer, ohne den geringsten Schaden anzurichten. Zwei Flugzeuge wurden zum Niedergehen gezwungen, davon das eine ganz unbeschädigt von einem Torpedoboot eingebracht; die Insassen beider Flugzeuge, drei Offiziere und ein Unteroffizier, unverwundet gefangengenommen.

Flottenkommando.

Deutsches Reich.

Der deutsche Nationalausschuß.

Aus der Münchner Allg. Ztg. ist in die übrige Presse eine Aeußerung des sog. „deutschen Nationalausschusses" übergegangen, die als ein „Aufruf für den Frieden" bezeichnet wurde. In der Voss. Ztg. war überdies der genannte Ausschuß als „deutscher Nationalausschuß zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens" angeführt worden. Die Geschäftsstelle des Ausschusses hat nun nichts Eiligeres zu tun, als eine Berichtigung an die Voss. Ztg. loszulassen, in der erstens bestritten wird, daß jene Kundgebung ein Aufruf „für den Frieden" war und zweitens die verlängerte Bezeichnung „zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens" geradezu angstvoll abgelehnt wird. Diese Berichtigung, die auch ein Stück Programm ist, besagt im wesentlichen das folgende:

Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß der „deutsche Nationalausschuß" nicht zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gegründet ist und das kurze Programm kein Aufruf für den Frieden ist. Es liegt uns vollkommen fern, eine Tätigkeit auszuüben, die irgendwie dahin mißdeutet werden könnte, als ob Deutschland es nötig habe, auf den Friedensschluß hinzudrängen. Im Gegenteil sind wir der Ansicht, daß ein für Deutschland brauchbarer Frieden nur geschlossen werden kann, wenn das deutsche Volk bis zu dem Augenblick durchhält, wo die Lage für den Abschluß eines solchen Friedens günstig ist. Deshalb soll unser Hauptziel, wie ja aus dem kurzen Programm hervorgeht, gerade darin bestehen, die Einigung im Volke als die einzig dauerhafte Grundlage des Durchhaltens bis zum Siege zu befestigen. Wir wollen aber die Mittel zur Weiterführung des Kampfes, nicht zu dessen vorzeitigem Abbruch liefern.

Dieses Bekenntnis des Nationalausschusses wird ihn wahrscheinlich bei den Annexionsscharfmachern nichts nutzen. Sie werden ihn nach wie vor in Acht und Bann tun, weil er ihren Eroberungsgelüsten nicht uneingeschränkt Beifall zollt. Zwei ihrer Organe, die Post und die Berliner Neuesten Nachrichten, ersaufen fast in Entrüstung und Empörung — weil die Nationalen auch den Kampf gegen die extremen Annexionisten führen wollen, die ihre Organisation in dem „unabhängigen Ausschuß" haben. Die Post klagt schließlich:

„Was anders als eine abermalige unselige Spaltung wird sich denn aus einer Tätigkeit des Ausschusses ergeben, die darauf hinausläuft, extreme Forderungen mit denselben Waffen zu bekämpfen wie extreme Verzichte? Wir sehen mit diesem Vorgehen die ganze Grundlage des Nationalausschusses schlechterdings zusammenbrechen, noch ehe sie gezimmert war; denn mit dem ersten Worte bereits droht der Verband alle Verständigungsmöglichkeiten nach der Seite der positivsten Vaterlandsfreunde hin kurzerhand abzubrechen. Statt einen neuen Weg zu suchen, der gangbar genug ist, um alle Wanderer aufzunehmen, die einem ehrenvollen Ziele dieses Krieges zustreben, begnügt er sich, den alten und ausgetretenen Pfad einzuschlagen, auf dem, wie wir aus Genüge erfahren haben, kein frisches Vorwärtskommen möglich ist."

Und die Berl. Neuest. Nachr. schreiben:

„Eine „offiziöse Schutztruppe" nannten wir in voller Ueberzeugung obigen Ausschuß. Das Berliner Tageblatt bestreitet die Richtigkeit dieser Charakteristik. Aber das ganze Tun und Drau erhärtet wohl unsere Meinung. „Schwerindustrielle" sah die genannte Zeitung darunter — und da bei ihr das Wort Schwerindustrielle den festen politischen Nebenklang einer bestimmten Idee hat, wollte sie die Diffamierung für ausgeschlossen halten. Nun haben wir aber schon darauf hingewiesen, daß die Firma Guillaume und Felten die große Kabelfirma ist, die ebenso wie der Norddeutsche Lloyd außergewöhnlich stark und ständig mit der Regierung zusammenarbeitet. Infolgedessen ist auch Herr Generaldirektor Heineken in dem „unabhängigen Ausschuß"; Herr Ballin aber nicht. Herr August Thyssen ferner ist der große katholische Industrielle, der in seinen Aufsichtsrat längst Herrn Erzberger aufgenommen hat; und zum „Erzberger-Konzern" gehört ferner auch, wie abermals wiederholt sei, der Oelgewaltige, Herr Riedemann, der dem Zentrum vor Jahren schon die Parteikasse angenehm füllte."

Einem Teil der führenden Männer der „Nationalen" werden für ihre Stellungnahme private Interessen unterschoben; der andere Teil wird hingestellt als Diplomaten, die ihre Unfähigkeit längst erwiesen haben oder als Männer, die zwar gute Menschen sind, aber recht schlechte Politikanten. Wenn sich nun die „Nationalen" daran machen, einmal die Motive der führenden Männer bei den „Unabhängigen" zu untersuchen, dann kann man interessante Enthüllungen erleben.

Eine Reichsstelle für Speisefette.

Eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 20. Juli 1916 regelt die Versorgung der Bevölkerung mit Speisefetten (Butter, Kuchenschmalz, Margarine, Kunstspeisefett, Schweineschmalz, Speisetalg, Speiseöle) in einheitlicher und zusammenfassender Weise für das ganze Reichsgebiet. Organe der Versorgungsregelung sind eine zu bildende „Reichsstelle für Speisefette", Landesverteilungsstellen für jeden Bundesstaat oder für mehrere Bundesstaaten zusammen, Bezirksverteilungsstellen nach Bedarf und schließlich die Kommunalverbände. Die Landeszentralbehörden der Bundesstaaten können nach Bedarf für einzelne Teile ihrer Bezirke Bezirksverteilungsstellen errichten.

Die Reichsstelle für Speisefette ist ganz ähnlich aufgebaut und zusammengesetzt wie die Reichsgetreidestelle oder die Reichsfleischstelle. Sie besteht aus einer Verwaltungsabteilung, die eine Behörde, und einer Geschäftsabteilung, die eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist. Vorstand und Mitglieder des Beirats der Verwaltungsabteilung werden vom Reichskanzler ernannt; im Beirat führt der Präsident des Kriegsernährungsamtes den Vorsitz und bestellt ein Mitglied zum stellvertretenden Vorsitzenden. Der Reichskanzler ernennt auch die Mitglieder des Aufsichtsrates der Geschäftsabteilung, und der Vorsitzende der Verwaltungsabteilung präsidiert. Die Verwaltungsabteilung hat die Kopfration des Speisefettverbrauchs festzusetzen und einen Verteilungsplan für die Ablieferung von den Kommunalverbänden und die Zuweisung an sie aufzustellen.

Zur praktischen Durchführung der Versorgung werden zunächst die in Molkereien hergestellten Speisefette für den Kommunalverband, in dem die Molkerei liegt, beschlagnahmt. Als Molkerei gilt dabei jeder Betrieb, in dem täglich mehr als 50 Liter Milch im Durchschnitt verarbeitet werden. Trotz der Beschlagnahme bleibt die Rücklieferung von Butter an die Milchlieferer sowie die Verwendung von Butter in der eigenen Wirtschaft, sofern die Molkerei ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb ist, erlaubt. Die Reichsstelle kann jedoch, falls dies nötig ist, die Mengen der Rücklieferung sowie des Selbstverbrauchs beschränken. — Außerdem können Kommunalverbände, soweit dies zur Deckung ihres Bedarfs erforderlich ist, mit Genehmigung der zuständigen Verteilungsstelle ohne Beeinträchtigung des eigenen Bedarfs der Hersteller die käufliche Ueberlassung der in ihrem Bezirke vorhandenen, nicht in Molkereien hergestellten Speisefette an die von ihnen bestimmten Stellen oder Personen verlangen und können verbieten, daß diese Speisefette anderweitig abgesetzt werden. Dadurch kann der An- und Verkauf von Butter durch Händler, die nicht dem Kommunalverband zugelassen sind, verhindert werden; auch wird der durch die sogenannte „Bauernbutter" der allgemeinen Verkehrsregelung unterworfen. Weiter können die Kommunalverbände die Herstellung von Butter in landwirtschaftlichen Betrieben, aus denen die Milch oder die Sahne an Molkereien zu liefern ist, untersagen und dadurch verhindern, daß Buttermengen der allgemeinen Versorgungsregelung entzogen werden. Schließlich können Halter von Kühen — wiederum unbeschadet ihres eigenen Bedarfs — soweit es zur Sicherung des Bedarfs an Milch und Fett für die Gesamtbevölkerung erforderlich ist, angehalten werden, Milch an Molkereien oder andere Stellen zu liefern; auch kann die Entziehung der Milch und die Lieferung des Rahms angeordnet werden. Die Anordnung geht, wenn die liefernde und die empfangende Stelle im gleichen Kommunalverband liegen, von diesem, wenn sie im Bezirk einer Verteilungsstelle liegen, von der letzteren, sonst von der Reichsstelle aus. Die Vorschrift ist von erheblicher Bedeutung für die Milchversorgung der Städte.

Die Verbrauchsregelung liegt in den Händen der Kommunalverbände, die laufend ihre Ueberschüsse an die Verteilungsstellen abzuliefern haben. Die Preisregelung erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie bisher.

Die Tätigkeit und die Befugnisse des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Fette und Oele bleiben, abgesehen von der Verteilung, die auf die Reichsstelle übergeht, unberührt. Auch die ausländisches Schweineschmalz und Auslandsbutter betreffenden Beschlagnahme- und Ablieferungsvorschriften der vorliegenden Verordnung nicht. Für die Regelung der Versorgung mit Auslandsbutter kann der Reichskanzler besondere Bestimmungen erlassen. Der Reichskanzler bleibt auch vorbehalten, die Bewirtschaftung von Milch und Käse der Reichsstelle für Speisefette zu übertragen und den Verkehr mit diesen Erzeugnissen zu regeln.

Die Hauptbestimmungen der neuen Verordnung (Beschlagnahme, Ablieferung der Ueberschüsse) treten mit dem 12. August 1916, im übrigen sofort in Kraft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Batocki über die Kartoffel- und Schweinepreise.

Batocki erklärte in einer Besprechung in Darmstadt: Er glaube nicht, daß es sich werde ermöglichen lassen, das auf 1½ Pfund festgesetzte Kartoffelquantum, wie angeregt, auf 2 Pfund zu erhöhen. Gegenüber den Wünschen der Landwirtschaft lehnte Herr v. Batocki eine Erhöhung des Oktoberpreises für Kartoffeln ab, ebenso den Wunsch nach freier Verfügung über das sogenannte Hinterkorn, da sonst Unterschleifen Tür und Tor geöffnet würde. Das Gerücht, daß die Schweinepreise doch erhöht werden würden, sei unrichtig; dafür sei er nicht zu haben.

Ausland.

Rußland.

Ein Lebensmitteldiktator.

Im Hauptquartier des Zaren hat ein Kronrat beschlossen, ein neues Amt zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zu schaffen. Zum Chef dieses Amts ist der bisherige Chef der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Stabe des Höchstkommandierenden, Fürst Obolenski, ernannt worden. Der Kampf, den dieses Amt aufnehmen soll, ist in erster Linie gegen die künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise gedacht. Die Meinung darüber, ob Obolenski die Vollmacht eines Lebensmitteldiktators hat oder nicht, gehen auseinander. Das Amt ist dem Ministerium des Innern unterstellt, wodurch allerdings die Eifersucht des Landwirtschaftsministers hervorgerufen worden ist.

Die Frage des Kriegsparteitags.

Die Frage, ob jetzt während des Krieges ein Parteitag abzuhalten sei, hat zu ausgedehnten Diskussionen in der Parteipresse geführt. Der Vorwärts wendet sich in einem beinahe fünf Spalten langen Artikel gegen die Abhaltung eines solchen Parteitags und der Genosse Kautsky, der sich ebenfalls ablehnend ausspricht, veröffentlicht in der Leipziger Volkszeitung einen längeren Artikel über die Frage. Der Vorwärts bringt alle die bekannten Argumente gegen die Abhaltung eines Kriegsparteitags vor, die auch in dem in unserer Zeitung veröffentlichten Artikel von H. F. zum Teil geltend gemacht worden sind. Er führt aus, daß unsere Partei eine bisher deshalb ihren Wert gehabt hätten, weil sie nach ausgiebiger und freiester Debatte, in der Parteiöffentlichkeit, in der Presse und in den Parteiversammlungen aufgenommene Streitfragen und entstandene Differenzen zu entscheiden hatten. Weil eine solche freie Debatte nicht möglich sei, fehle dem Parteitag seine Legitimation vollständig. Den Hinweis, daß die Minderheit in Berlin und Frankfurt ihre Provinzial- und Bezirksparteitage ohne Rücksicht auf die herrschenden Zustände und auf die abwesenden Feldgrauen abgehalten habe, will der Vorwärts nicht gelten lassen. Diese Parteitage seien etwas ganz anderes wie ein allgemeiner Kriegsparteitag. Der Vorwärts schreibt dann weiter:

> Immer und immer wieder haben wir es von der „Mehrheit" hören müssen, daß keine maßgebende Stellungnahme der Partei möglich und denkbar sei, bei der nicht auch die sozialdemokratischen Feldgrauen ihr Votum in die Wagschale werfen könnten. Was freilich die Abgeordneten und Funktionäre der Mehrheit niemals gehindert hat, ohne Anhörung der Feldgrauen diejenige Politik nicht nur zu beschließen, sondern auch mit allen erdenklichen Zwangsmitteln denen aufzuoktroyieren, die diese Politik für falsch und als das folgenschwerste Unglück für die Partei betrachten. Wie denn auch die jetzige Einberufung eines Kriegsparteitages — Braun verrät es ja ganz ungeniert — durch ein neues Zwangsmittel sein soll, um die Anhänger der Minderheit unter der Maske und Grimasse eines allgemeinen Parteivotums gegen ihre innerste Ueberzeugung und ihr Parteigewissen unter die Diktatur der Mehrheit zu beugen! Und zwar unter gleichmütiger Ausschaltung der Feldgrauen.

Auch wir halten es für ganz selbstverständlich, daß die Gesamtpartei zu den ernsten, folgenschweren, die ganze deutsche und internationale Sozialdemokratie in der einschneidendsten Weise beeinflussenden Problemen des Krieges erst dann Stellung nehmen kann und nehmen darf, wenn wir für alle Parteigenossen, so auch insbesondere für die aus dem Felde zurückgekehrten Parteimitglieder die Möglichkeit einer freien, unbeeinflußten Entscheidung gegeben ist. Damit natürlich nicht gesagt ist, daß die noch im Lande befindlichen Genossen sich jedes Einflusses auf die Politik ihrer Führer zu enthalten hätten.

Die organisatorischen Maßnahmen in Groß-Berlin wären notwendig gewesen. Die Genossen der Groß-Berliner acht Wahlkreise hätten immer wieder die Haltung der Minderheit gutgeheißen, ihre Vertreter im Parteiausschuß und in der Landeskommission aber den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. So wären die Groß-Berliner Genossen gezwungen gewesen, durch Einberufung der Groß-Berliner Generalversammlung die Wahl eines neuen Vorstandes vorzunehmen, der gewillt ist, sein Mandat im Sinne der Auftraggeber auszuüben. Der Vorwärts weist dann auf die Schwierigkeit der vielen Fragen hin, die die Sozialdemokratie zu entscheiden hätte und bemerkt dann:

> All diese Streitfragen können, soweit die Partei als Ganzes Stellung nehmen kann, erst nach freiester, gründlichster Aussprache in der Presse, in Zeitschriften und Büchern und daran anschließend in Versammlungen einem Parteitag zur Lösung vorgelegt werden. Die Delegierten in dieser Zeit der Behinderung einer freien Erörterung, in dieser Zeit der leidenschaftlichsten Erregung zu Richtern über ihnen nur höchst mangelhafte Fragen von eminenter Tragweite machen wollen, hieße sie zur Entwürdigung sozialdemokratischer Kongresse zwingen. Es hieße der Welt ein Schauspiel geben, dessen die Partei sich vor ihr und vor sich selbst schämen müßte.
>
> Und wenn man einwerfen sollte: „ja, soll denn dann die Partei ziellos und mit verbundenen Augen ihren Weg gehen?", so lautet die einfache und klare Antwort: Nein, sie soll nach möglichster Klarheit ringen, soll sich der Tiefe der Probleme und der Wichtigkeit der Entscheidung bewußt werden, sie soll deshalb jeder Selbstkritik wenigstens so viel Spielraum lassen, als die Umstände selbst, als Belagerungszustand und Zensur es erlauben, sie soll allen Genossen in der Presse und Parlamentskörpern, die sich der Selbstverantwortung bewußt und die Verantwortung vor der Geschichte und der Partei zu tragen bereit sind, die Freiheit lassen, zu tun, was ihnen Erkenntnis und Gewissen gebieten; aber sie soll nicht durch unbesonnen gefaßte Mehrheitsbeschlüsse und diktatorische Machtgebote Gewissen und Handlungsfreiheit vergewaltigen.

In sehr heftiger Weise wendet sich der Vorwärts gegen den Genossen Otto Braun vom Parteivorstand. Er wirft die Frage auf, ob es wirklich einen Genossen gebe, der sich vorzustellen vermag, die Minderheit werde auf Kommando das Preisgeben und mit Füßen treten lassen, was ihre in den schwersten Kämpfen errungene, felsenfeste und heiligste Ueberzeugung sei. Am Schlusse seines Artikel glaubt der Vorwärts, vor der Einberufung eines Kriegsparteitags warnen zu müssen. Ein solcher Parteitag würde die Gegensätze noch vertiefen, verschärfen und vergiften und falls die Instanzen ihre bisherige Taktik skrupellos fortsetzen, die Parteispaltung zur Wahrheit machen.

Mit ähnlichen Argumenten wendet sich auch Genosse Kautsky in der Leipziger Volkszeitung gegen die Abhaltung eines Parteitags. Auch Kautsky ist der Meinung, daß Reichs- und Bezirksparteitag nicht auf eine Linie zu stellen seien. Er bezweifelt ferner, daß ein Kriegsparteitag notwendige moralische Autorität haben würde und meint, falls der Parteivorstand auf dem Parteitag eine Mehrheit bekäme, so würde ihm das nur eine Verminderung seiner moralischen Autorität eintragen. Kautsky führt dann unter anderem aus:

> Stets ist das Hauptmittel, die Einheit der Partei zu bewahren, möglichste Freiheit der Meinungsäußerung gewesen, nicht in dem Sinne, daß jede Meinung in der Partei zu dulden sei — da hört sie auf, Partei zu sein —, sondern in dem Sinne, daß für jene Richtungen, auf deren Zusammenwirken in der Partei man Wert legt, die Freiheit der Meinungsäußerung durch die Parteidisziplin möglichst wenig unterbunden werden soll.
>
> Das galt schon im Frieden, es galt um so mehr im Kriege wo ein Parteitag mit ausreichender, moralischer Autorität nicht zusammentreten konnte und angesichts der auftauchenden Gegensätze die moralische Autorität der aus der Friedenszeit überkommenen Parteifunktionäre immer geringer wurde. In dem Maße, in dem diese Autorität schwand, hätten sie gut getan, auch mehr davon abzusehen, sie geltend zu machen und der Meinungsäußerung den weitesten Spielraum zu gewähren. Statt dessen sehen wir das Umgekehrte. In dem Maß, in dem ihre moralische Autorität schwindet, pochen unsere Parteiinstanzen immer mehr auf ihre materielle Autorität, auf ihre statutarischen Rechte und materiellen Machtmittel, ziehen sie die Zügel der Disziplin immer straffer an, ja gehen noch über das statutarisch ihnen eingeräumte Recht hinaus.
>
> Die Auflehnung dagegen erzeugt dann das, was der Parteivorstand als Parteizerrüttung bezeichnet. Nur ein Mittel gibt es, ihr zu begegnen, den Verzicht der leitenden Instanzen auf jede Maßregelung der Opposition. Toleranz und Verständigung, nicht Maßregelung und Disziplinierung muß die Parole lauten. Der Parteitag aber würde in gegensätzlichem Sinne wirken und Oel ins Feuer gießen.
>
> Wir haben gesehen, daß er dem Vorstand nicht Mehrung, sondern bloß Minderung seiner moralischen Autorität bringen, daß er die Gegensätze nicht mildern, sondern nur in ihren Formen verschärfen kann. Wollte er trotzdem der Opposition Herr werden, so würde er sich gedrängt fühlen, die Disziplinargewalt unserer leitenden Instanzen zu verstärken, ihre materiellen Machtmittel zu vermehren, um damit das Schwinden ihrer moralischen Autorität wettzumachen.
>
> Das würde natürlich dem Faß vollends den Boden ausschlagen. Das kämpfende Proletariat läßt sich am allerwenigsten durch Zwangsmaßregeln der eigenen Parteibehörden maßregeln und reglementieren. Und es hieße sehr leichtsinnig mit dem Feuer spielen, wenn der ganze Vorstand die Meinung des Genossen Braun teilte, es könne dabei „höchstens zur Absplitterung jener für die Einordnung in eine demokratische Organisation ungeeigneten Elemente kommen, wodurch der Partei wenig Abbruch getan würde". Diese „Absplitterung" droht zur Sprengung der ganzen Partei zu führen.

Sowohl der Vorwärts wie Genosse Kautsky wollen den Vergleich zwischen Provinzialparteitag und Reichsparteitag nicht gelten lassen. Da ist doch zu fragen: wenn es den Berliner Genossen und Genossen des Frankfurter Bezirks trotz der Abwesenheit der Feldgrauen erlaubt sein soll, zu tun, was sie für nötig halten, um ihren Willen in der Partei zur Geltung zu bringen, warum soll es dann den zu Hause gebliebenen Genossen des ganzen Reiches nicht gestattet sein, auf einem Parteitag ihre Anschauungen und ihre Wünsche, so gut das eben unter den obwaltenden Umständen geht, zur Geltung zu bringen? Der Wunsch, daß die Partei erst dann zu den durch den Krieg entstandenen schweren Problemen Stellung nehmen möge, wenn für alle Parteigenossen die Möglichkeit einer freien und unbeeinflußten Entscheidung gegeben ist, ist ja an sich sehr schön. Aber leider handelt es sich nicht darum, irgendwelche theoretische Erklärungen abzugeben, die beliebig Zeit haben, sondern die Partei muß während des Krieges handeln und sie muß deshalb auch darüber entscheiden, was sie nun eigentlich tun will. Gewiß, die demokratischen Einrichtungen, auf denen unser ganzes Parteileben beruht, können während des Krieges nicht ungehemmt und nicht vollständig funktionieren, aber wenn in einer Demokratie ein mehr oder minder großer Teil ihrer Angehörigen an der Ausübung seiner Rechte verhindert ist und es müssen Entscheidungen gefällt werden, die nicht zu vertagen sind, so muß entweder den vorher demokratischen Instanzen das Recht zur Entscheidung zugestanden werden oder es bleibt nichts weiter übrig, als daß diejenigen Angehörigen der betreffenden Gemeinschaft, die eben noch handlungsfähig sind, vorläufig darüber entscheiden, was zu geschehen hat. Und da von einem Teile der Parteigenossen die Autorität der Instanzen nicht mehr anerkannt wird, so ist die Abhaltung eines Parteitages am Platze.

Wenn der Vorwärts und auch Kautsky verlangen, die Partei solle jedem die Freiheit lassen, das zu tun, was ihm Gewissen und Erkenntnis gebietet, so ist das durchaus nicht angängig. Gerade in einer so schweren Zeit kommt es darauf an, daß die Partei, wenn sie überhaupt etwas erreichen soll, einheitlich handelt. Würde man nach den Wünschen des Vorwärts und des Genossen Kautsky jeden machen lassen, was er will, so könnte es dahin kommen, daß der Partei die Kraft verloren geht, überhaupt irgendwie wirksam tätig zu sein. Und wenn der Vorwärts mit Entrüstung die Zumutung zurückweist, die Minderheit solle ihre felsenfeste, heiligste Ueberzeugung „preisgeben", so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß von der Opposition nur verlangt wird, daß sie sich bei der Betätigung ihrer Ueberzeugung innerhalb der durch die Parteidisziplin gezogenen Grenzen hält. Es hat bisher immer in der Partei als selbstverständlich gegolten, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat, auch wenn ihr ihre Anschauungen verkehrt oder töricht erscheinen. Es ist nicht einzusehen, warum das während des Krieges so ganz anders als sonst sein und an die Stelle der seit jeher in der Partei üblichen Disziplin eine vollkomene Anarchie treten soll.

(Weitere Pressestimmen in der Beilage.)

Parteiangelegenheiten.

Eine Einigungskonferenz?

Zu der auch von uns gebrachten Meldung der internationalen Konferenz, daß die Genossen Wurm und Braun zu einer Einigungskonferenz eingeladen hätten, bemerkt die Fränkische Tageszeitung:

> Niemand, der eingeladen hat, autorisierte die I. K., diese Mitteilung zu bringen, die überdies nicht den Tatsachen entspricht. Genosse Emanuel Wurm hat niemand eingeladen. Die Einladung eines Dutzend Parteigenossen zu einer Besprechung geht von bayerischen Landtagsabgeordneten aus, die gemeinsam mit dem Genossen Adolf Braun beriefen. Sie hielten eine Besprechung mit nicht-bayerischen Genossen zur Klärung der Ansichten über den bekannten Aufruf zur Verständigung für notwendig. Diese Münchner Zusammenkunft hat die Genossen Martin Segitz, Erhard Auer und Adolf Braun und sonst niemand beauftragt, die Einladungen zu versenden. Dahin hat man sich entschieden, bevor in der Kontrollkommission der Antrag auf Einberufung des Parteitags gestellt wurde und bevor der Parteivorstand den Parteiausschuß u. a. auch zur Erörterung der Einberufung des Parteitags eingeladen hat. Ueber den Zweck der Besprechung ist den aufgeforderten Genossen geschrieben worden: „Es soll von Genossen verschiedener Richtungen und aus verschiedenen Landesteilen, aber in einem engen Kreis, erwogen werden, ob man nicht im Geiste des Aufrufs beruhigend und versöhnend auf die Parteipresse, die Parteikorporationen und womöglich auch auf die Masse der Parteigenossen einwirken könnte."
>
> Alle Zeitungen, insbesondere die Parteizeitungen und die I. K., werden gebeten, von dieser Feststellung des Tatbestandes ihren Lesern Kenntnis zu geben.

Handel und Industrie.

Der Kriegsabschluß eines Wareneinkaufsvereins.

Der Wareneinkaufsverein A.-G. in Lauban bei Görlitz legt jetzt seinen Geschäftsbericht vor. Nach einem Bericht der Berliner Morgenpost wurde der Verein, der mit einem Aktienkapital von 36 000 M. arbeitet, im letzten Jahre von der Stadt Lauban mit zur Versorgung der Bevölkerung herangezogen. In welchem Umfange dies geschah, beweist der Gesamtumsatz von 1 260 000 M.; für 735 000 M. Waren wurden zu Nettopreisen an Wiederverkäufer usw. abgegeben, der Rest des Umsatzes brachte 132 000 M. Gewinn. Diesen unterzubringen war nicht leicht, angesichts des Aktienkapitals von 36 000 M. In der Generalversammlung mußte man sich aber zu helfen. Man stieß eine Hypothekenschuld von 18 000 M. ab, schuf Reserve-, Reservespezial- und Kriegsfonds, brachte im Handlungsunkostenkonto 64 100 M. unter, gab den Käufern 13 Proz. Warendividende, den Aktionären 10 Proz. offizielle und 75 Proz. außerordentliche Dividende, so daß für die 200-Mark-Aktie 170 M. Gewinnanteil ausgezahlt wurden! Eine 200-Mark-Aktie, die aus einer Nachlaßsache versteigert wurde, erbrachte angesichts dieser Verzinsung 1600 M.!

•

Die Beschlagnahme der Schafschur. Durch eine neue Bekanntmachung über Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien wird wieder der gesammte Wollertrag der deutschen Schafschur und das gesamte Wollgefälle bei den deutschen Gerbereien (auch das Wollgefälle von ausländischen Fellen), gleichviel, ob die Wolle sich auf den Schafen, bei den Schafhaltern oder an sonstigen Stellen befindet, beschlagnahmt.

•

Japans Außenhandel. Die japanische Einfuhr stellte sich im ersten Halbjahr des laufenden Kalenderjahres auf 381 Millionen Jen, gegen 288 Millionen Jen in der gleichen Zeit des Vorjahres, und die Ausfuhr auf 469 Millionen Jen, gegen 300 Millionen Jen im Vorjahre.

Aus aller Welt.

Sturm.

Colombo, 20. Juli. (Reutermeldung.) An der Küste von Ceylon herrscht ein heftiger Sturm. Man fürchtet, daß Hunderte von Fischern davon überrascht wurden und ertranken. Regierungsfahrzeuge suchen nach den Schiffbrüchigen. Viele wurden gerettet.

Explosion.

Bern, 20. Juli. Nach einer Stefani-Meldung ereignete sich gestern in der Pulverfabrik von Park Borgofranco d'Ivrea eine Explosion. Zwölf Menschen sind tot, mehrere verwundet.

Letzte lokale Nachrichten.

Radebeul. Der Lebensmittelausschuß hat beschlossen, für die Einwohner, deren Haushaltungsvorstand weniger wie 1900 M. Jahreseinkommen hat, zur Beschaffung der jetzt noch teuren Frühkartoffeln Erleichterung durch Uebernahme eines Teils der Kosten (2 Pf. für ein Pfund) aus Kriegshilfsmitteln zu verschaffen. Zu diesem Zwecke werden Gutscheine ausgegeben, die den Händlern bei der Entnahme der Kartoffeln mit in Zahlung zu geben sind. Diese Gutscheine sind von heute Freitag an bis mit Dienstag den 25. Juli zu den gewöhnlichen Dienststunden (vormittags 8 bis 12½ Uhr) im Rathause, Zimmer 14, zu entnehmen. Gemeindesteuerzettel von 1916 und Lebensmittelkarte sind dabei vorzulegen.

Für alle Einwohner, die nicht über Kartoffeln verfügen, sollen diese Woche auf Nr. 40 der Lebensmittelkarte für jeden Kopf vorläufig 200 Gramm Mehl ausgegeben werden. Die Ausgabe des Mehls erfolgt Sonnabend. Wenn die erwarteten Kartoffeln noch eingehen, werden diese mit dem Mehl auf Nr. 41 der Lebensmittelkarte ausgegeben werden. Der Preis des Mehls stellt sich auf 10 Pf. für 200 Gramm.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 22. Juli:

Zeitweise heiter; etwas wärmer; Gewitterneigung; sonst keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis + 44, Pardubitz — 54, Brandeis + 20, Melnik + 73, Leitmeritz + 34, Aussig + 62, Dresden — 84.

Telegramme.

Ausfuhrverbot für Eier.

† **Bukarest**, 21. Juli. Der Ausfuhrausschuß hat den Erlaß eines Ausfuhrverbotes für frische und konservierte Eier angeordnet. Die Durchfuhr der aus der Türkei für die Mittelmächte kommenden Mohairwolle ist gestattet worden.

Das Homerulegesetz.

†**London**, 20. Juli. Reuter. Redmond veröffentlichte eine Denkschrift, die er am Dienstag an Asquith und Lloyd George sandte. Er erklärte darin, daß die Verschiebung der Einbringung des Homerulegesetzes sowie Lansdownes neuerliche Rede im Oberhause eine sehr ernste Lage in Irland geschaffen hätten. Jeder Vorschlag, der von den vereinbarten Bedingungen abweiche, würde die irische Partei zwingen, die Vereinbarungen für aufgehoben zu erklären.

Italienischer Bericht.

† **Rom**, 21. Juli. Amtlicher Heeresbericht vom Donnerstag: Andauernd ungünstiges Wetter behinderte die Tätigkeit unserer Truppen und die Artillerietätigkeit namentlich in den gebirgigen Teilen des Kriegsschauplatzes. Trotzdem dauerten gestern die Infanteriekämpfe im oberen Posina-Tale fort, wo wir einige Fortschritte im Abschnitte von Borcola verwirklichen konnten. Im Brenta-Tale richtete eine unserer Batterien ihr Feuer auf die Station Marter. Es glückte ihr, den Bahnhof mit einem Volltreffer und einen mit Truppen beladenen Zug zu erreichen. Am Anfang des Seiserad-Tales (Fella) unternahm am Nachmittag des 18. Juli unsere Infanterie einen kühnen Angriff östlich vom Mittagskofl, der lebhaften Alarm hervorrief und die feindlichen Unterstützungen auf ihren Linien herbeieilen ließ, die dann wirksam durch unser Feuer beschossen wurden. Auf dem übrigen Teile der Front ist die Lage unverändert. Ein feindliches Flugzeug warf Bomben auf Timau im oberen But-Tale und entfachte eine Feuersbrunst, deren wir sofort Herr wurden. Cordorna.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Preiswerte Damenhüte

Hutformen in allen modernen Geflechten, in schwarz, weiß u. farbig v. 6.50 bis 75 ₰

Sporthüte in allen modernen Formen und Geflechten . . . . . von 7.50 bis 1.50

Garnierte Damenhüte darunter Original-Modelle von 18.00 bis 2.50

Südwester in Waschstoffen, Stroh und Borten von 1.50 bis 75 ₰

Kinderhüte in Borte, Stroh und Stickerei von 7.50 bis 1.75

Ferner **leicht angestaubte** und **einzelne Stücke:**

Hutformen in Tagal, Litzen u. Strohgeflechten von 3.00 bis 25 ₰

Damen-Sportmützen (Tellerform) in Waschstoffen, Seide, einfach und gemust. Wollstoff., 75 und 50 ₰

Halbfertige Roben in Schleierstoff, weiß und farbig, Tüll, Wollbatist, Leinen, Japanseide, Krepon, Eoliennes, bestickt, mit Kurbelei oder mit Seide besetzt, 25.00, 18.00, 15.00, 12.00, 9.00, 6.00, 3.00

Knaben-Käppchen weiß, marine, braun, für das Alter v. 2 b. 6 Jahren 1.00, 75 und 50 ₰

Südwester für Kinder, in gemusterten Stoffen 90 und 60 ₰

Teller- u. Sportmützen weiß, für Kinder . . 25 ₰

Knaben-Sportmützen in weiß, marine und gemustert 1.50, 1.35 und 90 ₰

Kinder-Häubchen in Seide, in weiß, rosa, hellblau und rot 1.50 bis 75 ₰

Gesichtsschleier prima Qualitäten, in vielen Farben Meter 25 ₰

Alsberg

DRESDEN = Wilsdrufferstrasse 8—10 Gr. Brüdergasse 7—9

[A 7]

Butterverteilung.

I. Der Verkauf von Butter ist am Sonnabend den 22., Sonntag den 23., Montag den 24. und Dienstag den 25. Juli 1916 untersagt.

Die Verteilung und der Verkauf finden vielmehr erst am Mittwoch den 26 und Donnerstag den 27. Juli 1916 statt. An diesen Tagen ist der Verkauf gestattet.

II. Diese Verschiebung der Verkaufstage gilt im Interesse gerechter Verteilung für alle Butter, auch solche, die nicht von der Butterzentrale zugeteilt wird. — Entschließung, ob die Verschiebung der Verkaufstage eine dauernde ist, wird bis zum Eingang weiterer Mitteilung der Landesverteilungsstelle vorbehalten.

III. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift unter I werden nach § 27 der Bekanntmachung vom 14. Januar 1916 bestraft.

Dresden, den 20. Juli 1916. [L 147] **Der Rat zu Dresden.**

Herren-Anzüge
Sommer- u. Wintermäntel, Ulster, Joppen
sowie **einzelne Beinkleider** erhalten Sie
bis 1. August ohne Bezugsschein.
Kaufhaus für Herrengarderobe
Wir verleihen Gesellschaftsanzüge. **Prager Straße 22.** Wir verleihen Gesellschaftsanzüge.

Es ist gesetzlich vorgeschrieben, eine Aufnahme von den Lagerbeständen der
Herren- sowie Knabengarderoben
zu machen und dürfen davon **nur** 20% bis 1. August verkauft werden; von da an alle billigeren Preislagen nur gegen Bezugsschein. — Es ist zu empfehlen, daß ein jeder sich mit diesen Artikeln bei mir versorgt, die ich zu mäßigen Preisen abgebe.
J. Heim, Leipziger Str. 87.
— Achten Sie gefälligst auf **Firma!** —
[A 12]

Kleider, wenig getragen, Anzüge, Hosen, Jack., Kost., Schuhe, **Federbetten, Gehrock- u. Frackanzüge, auch z. Verleihen.** Herren-Palet. u. Ueberzieher, **gebr. Möbel** sehr preisw.
Langer, Galeriestraße 11, 1.

Spülapparate
Leibbinden, Frauentee u. a.
Frauen-Artikel
Frau Heusinger
Am See 37 [L 224

Eleg. Klapp-Sportwagen billig zu verkauf. Oppelstraße 19, 1., rechts.

10 Teppiche
Diwandecken, Tischdecken, Läuferstoffe u. Bettvorlagen mit kleinen Webfehlern, preiswert
Starer, Grunaer Str. 22, 1.

Maschinist
der mit Baumaschinen und Motoren umzugehen versteht, für sofort gesucht. [L 148] **Liebold & Co., Dresden,** Sachsenplatz 2.

Nur noch kurze Zeit
kauft man billig
wegen Aufgabe des Geschäfts
Freiberger Platz 1
beim
Mäntel-Ulbricht
Das Neustädter Geschäft, Heinrichstr. 14—16, nimmt auch weiterhin seinen ungestörten Fortgang. [A 73

Prima Würstchen
100 St. 17.50 | Gar. Kochkäse . Kilo 6.—
100 St. 15.— | Mettwurst . . . Kilo 4.40
100 St. 12.50 | Kochschinkenwurst Kilo 4.—
Blutwurst Kilo 3.40, v. frischem, best. Rohfleisch. Nachn., Eilpost-Vers.
Artur Schindler, Zwickau i. Sa. 18.

Bitte beeilen Sie sich!! Nur bis 1. August **ohne Bezugsschein** kaufen Sie Anzüge, neu und wenig getragen, Pelerinen, Sommer-Ueberzieher, Gummi-Mäntel, Covercoats usw. im Garderobenhaus **J. Pinsler,** Dresden, Gr. Brüdergasse 37 L. Achten Sie auf Nr.

[L 147]
Wir stellen sofort
Dreher, Schlosser, Schmiede
für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn ein.
O. Seifert & Co., Maschinenfabrik, **Olbernhau i. S.**

Tüchtige Dreher
sofort gesucht. [K 388
„Universelle“, Zigarettenmaschinenfabrik J. C. Müller & Co.
Dresden-A. 28, Tharandter Straße 17.

Tüchtige
Tischler u. Maschinenarbeiter
sowie **Korbmacher** finden bei **höchstem Lohn dauernde Arbeit.** [A 212
Richter & Wolf, Krippen (Sächs. Schweiz).

Werkzeugschlosser
Dreher u. Mechaniker
für lohnende Arbeit sofort gesucht.
Sachsenwerk
Niedersedlitz-Dresden
[A 205

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Friedrichstadt. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Richter, Dresden-Naußlitz. Druck und Verlag: Naden & Romp., Dresden.

Die Verlustliste

der sächsischen Armee Nr. 307 ist heute nachmittag erschienen und liegt in der Lesehalle der Dresdner Volkszeitung, Wettinerplatz 10, zur Einsichtnahme aus.

Sächsische Angelegenheiten.

Einfluß des Kriegs auf die Bevölkerungsbewegung in Sachsen.

Das Königlich Sächsische Statistische Landesamt bringt eine vorläufige Uebersicht über die Bevölkerungsbewegung im Königreiche bis zum Schlusse des Jahrs 1915, deren Zahlen zwar noch einige Korrekturen erhalten werden, die aber auch jetzt schon ein deutliches und interessantes Bild von dem Einfluß gibt, den der Krieg auf die Bewegung der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle gehabt hat. Da der Krieg etwa in der Mitte des Jahrs 1914 ausbrach, so ist es zur Feststellung seiner Wirkungen notwendig, das Jahr in zwei Teile zu teilen und mit dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahrs zu vergleichen. Für die Geburten, bei denen ja ein Einfluß des Kriegs erst im zweiten Vierteljahre 1915 hervortreten konnte, ist sogar eine Aufteilung in Vierteljahre notwendig. Es wurden gezählt:

	Eheschließungen	Lebendgeburten	Sterbefälle unter 1 Jahr	Sterbefälle über 1 Jahr	Sterbefälle zusammen
1. Halbjahr					
1913	19 638	61 331	9 988	25 695	35 683
1914	19 742	59 452	8 595	26 148	34 743
1915	11 795	51 332	8 498	31 909	40 407
2. Halbjahr					
1913	20 669	61 654	9 373	23 456	32 829
1914	20 672	58 149	11 559	42 810	54 369
1915	14 505	35 498	5 728	34 563	40 291
Ganzes Jahr					
1913	40 307	122 985	19 361	49 151	68 512
1914	40 414	117 601	20 154	68 958	89 112
1915	26 300	86 830	14 226	66 472	80 698

Was die Zahl der Eheschließungen anbelangt, so brachte das zweite Halbjahr 1914 noch dieselbe Ziffer wie das entsprechende Halbjahr 1913, eine Folge der vielen Kriegstrauungen besonders im Vierteljahr der Mobilmachungen. Der Abfall setzt dann im nächsten Halbjahr ein; das zweite Halbjahr 1915 bringt sogar wieder eine geringe Erhöhung der Heiratsziffer. Das ganze Kriegsjahr 1915 weist gegenüber dem vollen Friedensjahr 1913 einen Ausfall von 14 000 Ehen oder 35 Proz. auf.

Die Geburtenziffer zeigt für 1914 nur die Fortsetzung des normalen Rückgangs, dem sie schon seit Jahren unterliegt. Auch das erste Vierteljahr 1915 hat mit 28 554 Geburten, gegenüber 29 310 im Vorjahre, noch normale Verhältnisse. Im zweiten Vierteljahr sinkt die Ziffer aber dann plötzlich auf 22 778, das ist um ein Viertel, um im dritten und vierten Vierteljahr weiter auf 18 455 und 17 043 herabzugehen.

Die traurigste Sprache reden natürlich die Sterbefälle. Nicht im Zusammenhang mit dem Kriege steht die hohe Säuglingssterblichkeit des zweiten Halbjahres 1914, die dem heißen Sommer dieses Jahres zu danken ist. Wohl aber ist die geringe Säuglingssterblichkeit des zweiten Halbjahrs 1915 eine indirekte Kriegsfolge, nämlich eine Folge der kleineren Geburtenziffer. Die Sterblichkeit der über ein Jahr alten Personen schnellte bereits im zweiten Halbjahr 1914 um 19354 oder auf das mehr als Anderthalbfache der gleichen Zeit des Vorjahres empor. Das Jahr 1915 brachte gegenüber 1913 ein Mehr an Todesfällen von 17 321 oder von 25 Proz. Während das ganze Jahr 1915 infolge der anfänglich noch nicht beschränkten Geburtenziffer noch einen Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle um 6132 aufweist, hat sich dieser Ueberschuß in der zweiten Hälfte des Jahres in einen Minderbetrag von 4793 verwandelt. Bei einer Aufrechterhaltung der alten Geburtenziffer wäre trotz den Kriegsopfern noch ein Ueberschuß von etwa 10 000 Geborenen vorhanden gewesen. Im übrigen muß noch berücksichtigt werden, daß unter den Gestorbenen sich auch die in deutscher Gefangenschaft gestorbenen Ausländer befinden.

Leipzig. Höchstpreis für Frühkartoffeln. Die vom Rate der Stadt Leipzig beschafften Frühkartoffeln dürfen von den Kleinhändlern an die Verbraucher bis auf weiteres nicht teurer als höchstens zu 14 Pf. das Pfund verkauft werden. Für alle innerhalb der Stadt Leipzig verkauften Kartoffeln, also auch für in- und ausländische Frühkartoffeln, besteht nach wie vor der Markenzwang.

Dazu bemerkt die Leipziger Volkszeitung: Die vom Rate gekauften Frühkartoffeln sollten von den Händlern mit 13 Pf. übernommen und mit 14 Pf. verkauft werden. Dessen weigerten sich am Sonnabend die Händler, weil ihnen der Verdienst zu gering war; sie streikten, und die Folge war, daß am Sonnabend keine Kartoffeln zu haben waren. Warum hat nun aber das Kriegsernährungsamt die Kartoffeln am Sonnabend nicht auf eigne Hand verkauft, um die Bevölkerung wenigstens mit Kartoffeln zu versorgen? Der Preis von 14 Pf. für das Pfund neue Kartoffeln ist auch unbedingt zu hoch, das wird der Rat nun selbst einsehen, denn die Kleinhandelshöchstpreise sollen 10 Pf. betragen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch einen Sturz aus dem dritten Stock des von ihr in Plauen i. V. bewohnten Hauses tötete sich die 41jährige Ehefrau eines Tischlermeisters, nachdem sie vorher versuchte, sich die Pulsadern zu öffnen und sich mit Gas zu vergiften. Die tödlich verletzte Frau, die nervenkrank war und an Schwermut litt, starb während ihrer Verbringung nach dem Krankenhause. — Es wird beabsichtigt, in Bad Elster, dem bekannten sächsischen Staatsbade, Genesungsheime für Offiziere und Mannschaften zu errichten. In Bad Elster sind bisher mit der Heilbehandlung von verwundeten und erkrankten Kriegsteilnehmern außerordentlich gute Erfolge erzielt worden.

Stadt-Chronik.

Kriegs-Volksküchen.

Die Zahl der Volksküchen in den Gemeinden der Amtshauptmannschaft Dresden-A. hat sich im letzten halben Jahre bedeutend vermehrt. Die ersten Volksküchen entstanden im ersten Kriegsvierteljahr, als die Arbeitslosigkeit sehr groß wurde. Sie wurden aber fast ausnahmslos für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer errichtet. Solange die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel nicht zu sehr stiegen und Fleisch, Fett, Kartoffeln und Gemüse noch nicht so knapp waren, war die Inanspruchnahme der Volksküchen durch die Angehörigen der Kriegsteilnehmer nicht stark, ja sie blieb sogar in den meisten Gemeinden hinter den Erwartungen weit zurück. Je teurer aber die Nahrungsmittel wurden, desto mehr steigerte sich das Bedürfnis, das Essen aus der Volksküche zu entnehmen.

Die Gemeinden sahen sich daher gezwungen, den Grundsatz, nur für die Kriegerfamilien zu kochen, aufzugeben, und gaben zunächst auch den Armenunterstützungsempfängern warme Mittagskost als Teil ihrer Armenunterstützung. Das war schon um deswillen notwendig, weil die Armenunterstützung während der Kriegszeit, obwohl eine erhebliche Entwertung des Geldes eingetreten ist, im allgemeinen nicht erhöht wurde. Bald mußte der Kreis derer, die berechtigt sind aus den Volksküchen Essen zu entnehmen, noch erweitert und alle Minderbemittelten einbezogen werden. Die Einkommensgrenze ist hier verschiedentlich festgesetzt, zumeist aber viel zu niedrig — etwa bei 1400 Mark — angesetzt worden. Die Grenze sollte frühestens bei 2500 Mark für Familien beginnen.

In den meisten Gemeinden haben die Kriegerfamilien pro Portion, die ½ Liter beträgt, 10 Pf. zu zahlen, den Armenunterstützungsempfängern gibt man das Essen zum Teil umsonst, während die übrigen Einwohner den ganzen Herstellungspreis, der sich bis vor einiger Zeit auf rund 20 Pf. belief, zu entrichten hatten. Die Gemeinden haben die Volksküchen lange betrieben, ohne daß sie einen Pfennig Zuschuß geleistet haben, ja, von einigen Gemeinden ist bekannt geworden, daß sie Ueberschüsse herausgewirtschaftet haben, so undenkbar und falsch das erscheint. Für eine Portion Essen nahmen die Gemeinden 10 Pfennig und erhielten vom Bezirk und der Kriegsfürsorge an Zuschuß ebenfalls 10 Pfennig. Da einige Gemeinden die Herstellungskosten auf weniger als 20 Pfennig hielten, haben sie auf Kosten der Aermsten Ueberschüsse erzielt. Mit der Verteuerung der Nahrungsmittel hat aber ganz allgemein eine nicht unbeträchtliche Verschlechterung des Volksküchenwesens eingesetzt. Man hat früher den Herstellungspreis festgesetzt, und da man ihn nicht erhöhen konnte oder wollte, so verminderte man mit der anhaltenden Steigerung der Nahrungsmittelpreise einfach die Qualität des Essens. Das geschah zwar recht allmählich aber doch merklich. Während man früher zum Beispiel für 200 Portionen 18 Pfund Rindfleisch kaufte und dafür 20 Mark bezahlte, kaufte man jetzt bloß 9 Pfund und zahlte dafür rund 21 Mark, und während man sich früher zu „Schellfisch mit Senftunke und Kartoffeln" 70 Pfund Schellfisch leisten konnte, werden heute kaum noch 25 Pfund gekauft. Hinzu kommt noch, daß sich der Zuschuß an die Gemeinden von 10 auf 8 Pfennig vermindert hat. Es ist sicher anzunehmen, daß sich ein Teil der Gemeinden bemüht, auch mit diesem verringerten Betrage auszukommen, da ihnen Geldmittel zur Unterstützung der Volksküche nicht zur Verfügung stehen.

Nach neuerlichen Mitteilungen können aus Mitteln, die dem Ministerium zur Verfügung gestellt sind, Zuschüsse geleistet werden. Das soll jedoch erst dann geschehen, wenn von den Gemeinden mehr als 4 Pfennig pro Portion aufgewendet werden. Dann wird aber von dem darüber hinausgehenden Zuschuß auch nur ein Teil zurückvergütet. Das ist die Politik des Wortemachens: Man springt mit Gepolter einen Schritt vorwärts und kriecht leise zwei Schritte zurück. Den allermeisten Landgemeinden nützt diese Art der „Zuschüsse" gar nichts. Betrachten wir die finanzielle Wirkung dieser „Zuschüsse" an einem Beispiel: Für ein halbes Liter Essen müßten heute mindestens 30 Pfennig aufgewendet werden. Die Gemeinde Gittersee würde 1000 Portionen täglich abgeben. Sie erhält 10 Pfennig von dem Entnehmer, 8 Pfennig Zuschuß vom Bezirk, sie hat dann zunächst 4 Pfennig Zuschuß allein zu tragen und erhält von den fehlenden 8 Pfennig im günstigsten Falle 4 Pfennig aus Mitteln der Regierung. Die Gemeinde hätte somit für jede Portion 8 Pfennig Zuschuß zu leisten. Das wäre eine Belastung von rund 25 000 Mark in einem Jahre. Das kann eine Arbeitergemeinde natürlich nicht tragen. Daraus ist zu ersehen, daß dem Volksküchenwesen in hohem Grade der Mangel anhaftet, der besonders dem Armenwesen eigen ist.

Die Regierung sollte Grundsätze für das Volksküchenwesen während der Kriegszeit aufstellen und sollte die ganzen Zuschüsse tragen. Dann kämen wir zu erträglichen Zuständen, und die Volksküchen könnten eher dem vorhandenen Bedürfnis entsprechen. Trotz den bestehenden Mängeln aber haben die sozialdemokratischen Vertreter darauf hinzuwirken, daß in den Volksküchen Essen verabfolgt wird, das in der Qualität gut ist, und das kann nur dann der Fall sein, wenn der Herstellungspreis wesentlich erhöht wird. In letzter Zeit hat sich eine größere Gemeinde dazu entschlossen, für eine Portion rund 25 Pfennig aufzuwenden. Das genügt gewiß noch keineswegs, aber es ist ein Schritt nach vorwärts, und es ist notwendig, daß die übrigen Gemeinden diesen Schritt auch tun und vielleicht noch einen weiter gehen. Nötig ist aber auch, daß die Regierung ihre Pflichten erfüllt, denn die Volksküchenfrage ist ein wichtiges Stück der Volksernährungsfrage, der in der jetzigen Zeit eine ungeheuere Bedeutung zukommt. Darum! Verbessert die Volksküchen!

Ausstellung von Arbeiten Kriegsverletzter.

Im kleinen Saale des Künstlerhauses in der Grunaer Straße ist gegenwärtig eine vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz veranstaltete Ausstellung zu sehen, die eine reichhaltige Sammlung geschmackvoller Arbeiten Kriegsverletzter zeigt. Um dem massenhaften Kitsch entgegenzuwirken, den ein geschäftstüchtiger Patriotismus in der letzten Zeit auf den Markt geworfen hat und der leider zum Teil auch in den Lazaretten von den Kriegsverletzten nachgeahmt wurde, hat der genannte Verein auf Anregung von Professor Seyffert einige künstlerische Lehrkräfte in die Lazarette zu Heidenau, Gottleuba, Rossen und Miltitz abgeschickt, damit sie den dortigen Kriegsverletzten Anleitung in der Herstellung geschmackvoller Gegenstände geben. Das Re-

Väter und Söhne.

Von Iwan Turgenjew.

So vergingen vier Stunden in gleichgültigem Gespräch. Frau Odinzoff sprach und hörte zu, ohne zu lächeln. Nur im Augenblick der Abreise schien ihre alte Freundlichkeit wieder aufzuleben.

„Sie müssen mich recht mürrisch finden," sagte sie, „aber bekümmern Sie sich nicht darum und besuchen Sie mich beide bald wieder; hören Sie?"

Bazaroff und Arkad antworteten nur mit einer Verbeugung, stiegen wieder in den Wagen und ließen sich direkt nach Marino zurückfahren, wo sie ohne Aufenthalt am Abend des anderen Tages ankamen. Während der Fahrt sprach weder der Eine noch der Andere den Namen der Frau Odinzoff aus. Bazaroff beobachtete sogar ein beständiges Schweigen und starrte hartnäckig ins Weite.

In Marino wurden sie mit offenen Armen empfangen. Die lange Abwesenheit seines Sohnes fing an, Kirsanoff zu beunruhigen; er stieß einen Schrei aus, sprang auf das Sofa und stampfte mit den Füßen, als Fenitschka mit freudestrahlenden Augen in das Zimmer trat und ihm die „jungen Herren" meldete. Selbst Paul empfand eine angenehme Ueberraschung und lächelte mit Gönnermiene, als er den Neuangekommenen die Hand drückte. Man plauderte von der Reise; Arkad war der, welcher am meisten sprach, besonders beim Abendessen, und das Mahl zog sich weit über Mitternacht hinaus. Kirsanoff hatte mehrere Flaschen Porter auftragen lassen, der von Moskau kam, und er mundete ihm so vortrefflich, daß seine Wangen purpurrot wurden und er aus einem kindlichen und zugleich nervösen Lachen nicht herauskam. Diese allgemeine gute Laune ergriff sogar die Dienerschaft. Duniascha tat nichts als wie närrisch hin- und herlaufen und die Türen hinter sich zuschlagen, und Peter versuchte es noch morgens zwei Uhr vergeblich, einen Kosakenwalzer auf der Gitarre zu spielen. Die Saiten des Instruments ließen in der ländlichen Stille wehmütig-liebliche Töne durch die Nacht erklingen. Aber der gebildete Kammerdiener kam nie über die ersten Läufe hinaus. Die Natur hatte ihm das musikalische Talent versagt, wie überhaupt jedes andere Talent.

Gleichwohl waren die Bewohner Marinos nicht frei von jeder Sorge, und der arme Kirsanoff hatte sein gut Teil davon. Die Farm verursachte ihm jeden Tag mehr Aerger, kleinen, erbärmlichen Aerger. Die gedungenen Arbeiter bereiteten ihm wahrhaft unerträgliche Verlegenheiten. Die einen forderten eine Lohnerhöhung und verlangten Abrechnung, die anderen liefen davon, nachdem sie Vorschuß erhalten hatten; die Pferde wurden krank, die Fuhrwerke waren jeden Augenblick dienstuntüchtig, die Arbeit wurde schlecht bestellt. Eine Dreschmaschine, die man von Moskau hatte kommen lassen, wurde zu schwer für den Gebrauch erfunden; eine Putzmühle zerbrach am ersten Tage, wo man sie probierte; der Viehhof brannte zur Hälfte nieder, dank einer alten, halbblinden Viehmagd, welche bei einem starken Winde ihre kranke Kuh mit brennenden Kohlen hatte entzaubern wollen, und dieselbe Alte versicherte später, das Unglück sei erfolgt, weil der Herr sich habe beikommen lassen, Käsebereitung und derartige Neuerungen anzufangen. Der Verwalter wurde plötzlich faul und fett, wie jeder Russe, der auf Kosten eines anderen lebt. Seine ganze Tätigkeit beschränkte sich darauf, einem Ferkel, das vorüberging, einen Stein nachzuwerfen oder ein kleines halbnacktes Kind zu schelten, sobald er Kirsanoff bemerkte. Er schlief beinahe die ganze übrige Zeit. Die Bauern, welche Zins zu zahlen hatten, zahlten nichts und stahlen Holz; die Wächter fingen nachts manchmal, ohne auf starken Widerstand zu stoßen, Bauernpferde ein, die auf den Gutswiesen weideten. Kirsanoff hatte eine Strafe auf dies Vergehen gesetzt; aber meist wurden die gepfändeten Tiere ihren Eigentümern zurückgegeben, nachdem sie einige Tage in dem Stall des Gutsherrn gefüttert worden waren. Um der Verwirrung die Krone aufzusetzen, fingen die Bauern auch noch untereinander Händel an; Brüder verlangten die Teilung, weil ihre Weiber nicht mehr unter dem gleichen Dache leben konnten; jeden Augenblick kam eine Schlacht im Dorfe vor; ein Haufen Bauern rottete sich plötzlich und als ob er einem Befehlsworte gehorchte, vor der Amtsstube des Verwalters zusammen, ging von da mit zerschlagenem Gesicht und oft betrunken zu dem Gutsherrn und forderte mit lautem Geschrei Gerechtigkeit; und in all den Lärm mischte sich das Schluchzen und gellende Jammern der Weiber mit dem Geschrei und Geschimpf der Männer. Man mußte den Streit schlichten, die Stimme erheben, bis man heiser wurde, und wußte doch zum voraus, daß all diese Anstrengung vergeblich war. Bei der Ernte fehlte es an Händen; ein benachbarter „Odnodvorets"*, dessen ehrliches Gesicht das größte Vertrauen einflößte, und der sich verbindlich gemacht hatte, zum Preis von zwei Rubeln für die Dessätine Arbeiter herbeizuschaffen, brach auf die schmählichste Weise sein Wort; die Bauernweiber des Ortes forderten einen unerhörten Taglohn und inzwischen fing das Getreide an auszufallen; dieselbe Not wiederholte sich bei der Heuernte, und als ob's an all diesen Sorgen noch nicht genug gewesen wäre, forderte die Pupillen-Kammer unter Drohungen die sofortige Bezahlung der verfallenen Zinsen.

„Ich bin mit meinen Kräften zu Ende!" rief Nikolaus Petrowitsch mehr als einmal. „Es ist nicht möglich, daß ich diese Leute da selber bessern kann, und meine Grundsätze erlauben mir nicht, die Hilfe der Polizei dazu in Anspruch zu nehmen. Gleichwohl werden sie ohne Furcht vor Strafe nie etwas tun."

„Ruhig! Ruhig!" antwortete Paul Petrowitsch, schien aber, während er seinem Bruder Ruhe empfahl, selber sehr unzufrieden zu sein und strich sich den Schnurrbart.

Bazaroff blieb all dieser „Misere" fremd, zudem erlaubte ihm seine Stellung im Hause nicht wohl, anders zu handeln. Den Tag nach seiner Rückkehr nach Marino hatte er seine Untersuchungen über die Frösche und Infusorien und über gewisse chemische Verbindungen wieder aufgenommen und war ganz in diese Arbeiten vertieft. Was Arkad betrifft, so hielt er es für seine Pflicht, wo nicht seinem Vater zu Hilfe zu kommen, doch wenigstens seine Bereitwilligkeit dazu zu zeigen. Er hörte ihn geduldig an und wagte es eines Tages, ihm einen Rat zu geben, nicht so ganz in der Hoffnung, ihn befolgt zu sehen, als um wenigstens seinen guten Willen zu beweisen. Die häuslichen Geschäfte erregten ihm keinen Widerwillen; er nahm sich sogar vor, sich dereinst mit Liebe der Landwirtschaft zu widmen; für den Augenblick aber hatte er andere Gedanken im Kopfe. Zu seiner großen Verwunderung mußte er beständig an Nikolskoi denken; früher hätte er die Achseln gezuckt, wenn ihm jemand gesagt hätte, daß er sich unter dem gleichen Dache mit Bazaroff und unter welchem Dache noch dazu! unter dem väterlichen Dach, würde langweilen können; aber er langweilte sich in der Tat und wäre gern weit gewesen. Er nahm sich vor, lange Spaziergänge zu machen, aber das half ihm nichts.

Als Arkad eines Tages mit seinem Vater plauderte, erfuhr er, daß dieser mehrere ziemlich interessante Briefe aufbewahrt hatte, welche die Mutter der Frau Odinzoff einst an seine Frau gerichtet hatte und er bat so inständig um dieselben, daß Nikolaus Petrowitsch sie, nicht ohne Mühe, unter seinen alten Papieren hervorsuchte und ihm einhändigte. Einmal im Besitz dieser halbverblaßten Briefe fühlte er sich ruhiger, als ob er endlich das Ziel gefunden hätte, nach dem er streben müsse. „Und zwar beide; hören Sie! hat sie von selber hinzugesetzt." Dieser Gedanke wollte ihm nicht aus dem Kopf. „Ich gehe hin! Ich gehe hin, ja, der Teufel soll mich holen!"

(Fortsetzung folgt.)

* Freier Bauer von adliger Abkunft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sultat ist, wie die Ausstellung zeigt, ein sehr erfreuliches. Es lehrt vor allem, welchen heilsamen Einfluß solche Anleitung auf diesem Gebiete haben kann, wenn sie von eifrigen, ihrer Sache mit Liebe dienenden Persönlichkeiten gegeben wird. Den ehemaligen Schülerinnen der hiesigen Kunstgewerbeschule, die sich dieser Aufgabe unterzogen haben, Frieda Berth-Noritzsch, Hanna Spiegel, Margarete Mühlhausen und Sophie Rade, ist deshalb der gute Erfolg vor allem zu danken.

Freilich ist nicht alles technisch vollkommen einwandfrei. Das kann man von den ungeschulten Verfertigern der Gegenstände, die keine sachliche Ausbildung genossen haben, auch nicht verlangen; aber alles sticht doch in bezug auf künstlerische Form und innerem Gehalt hinmelweit von den ordinären Gegenständen der Kitschabteilung ab, die Professor Seyfert als abschreckendes Beispiel zu gleicher Zeit mit ausgestellt hat und über die wir bereits vor Jahresfrist einmal berichteten. Jedenfalls wird durch solche Arbeiten der gute Geschmack in hohem Maße gefördert, was ja schließlich auch ihr Hauptzweck sein soll, und die Kriegsverletzten selbst werden mit innerer Freude bei diesen Arbeiten sein, die lediglich dem menschlichen Schönheitsbedürfnis dienen wollen und die darauf verzichten, den Sinn mit einer schlecht angewandten patriotischen Geste zu benebeln. Man kann den Besuch der Ausstellung, der vollkommen frei ist, aufs beste empfehlen. Sie gibt zugleich dem weniger Eingeweihten einen Begriff von dem neuen Formbestreben in unserem Kunstgewerbe. m. m.

Butterverteilung in Dresden.

Der Rat zu Dresden gibt bekannt: Der Verkauf von Butter ist am Sonnabend den 22., Sonntag den 23., Montag den 24. und Dienstag den 25. Juli untersagt. Die Verteilung und der Verkauf finden vielmehr erst am Mittwoch und Donnerstag, 26. und 27. Juli, statt. Diese Verschiebung der Verkaufstage gilt im Interesse gerechter Verteilung für alle Butter, auch solche, die nicht von der Butterzentrale zugeteilt wird. — Entscheidung, ob die Verschiebung der Verkaufstage eine dauernde ist, wird bis zum Eingang weiterer Mitteilung der Landesverteilungsstelle vorbehalten.

Lebensmittel auf dem Müllabladeplatz.

Die Chemnitzer Volksstimme schreibt: „Ein Hering kostet heute fast eine halbe Mark, Käse ist kaum noch zu bekommen, alle anderen Nahrungsmittel sind äußerst knapp und sehr teuer. Auf dem Müllabladeplatz in der Vorstadt Hubersdorf lagerten aber jetzt wieder 15 Tonnen Heringe, 5 Fäß Sauerkraut und 5 Kisten Käse in verdorbenem Zustande. Wie diese Waren dorthin gekommen sind, konnte leider auch nicht ermittelt werden. Ein solch gewissenloses Umgehen mit Nahrungsmitteln ist ein Verbrechen am Volke und müßte danach bestraft werden. Es darf nicht geschehen, daß Nahrungsmittel verderben in einer Zeit, in der Millionen Menschen entbehren und darben."

Eine Unsitte beim Sammeln der Steinobstkerne.

Vor Beginn der Schulferien ist auch in diesem Jahre wieder von den Lehrkräften in den Volksschulen die Aufforderung an die Kinder ergangen, Steinobstkerne zu sammeln. Dabei ist nun aber eine Unsitte zutage getreten, die im Interesse der Volksgesundheit öffentlich gerügt zu werden verdient. Man kann nämlich oft beobachten, daß die Kinder die Kirschkerne in ihrer Sammelwut auch von der schmutzigen Straße auflesen. Besonders geschieht dies in der Nähe der Kirschbuden. Kleine Kinder warten wohl auch an solchen Stellen direkt darauf, bis die Erwachsenen die Kerne ausspucken, um sie dann selber zum Teil wieder in den Mund zu nehmen. Das geschieht natürlich nur ausnahmsweise. Aber auch das Auflesen von der Straße birgt viele Gefahren, denn die Kinder geraten mit den Fingern auch ins Gesicht und können sich dabei sehr leicht anstecken und sich auch sonst Krankheiten zuziehen. Eltern, Vormünder und vor allen die Lehrer sollten deshalb die Kinder davor warnen, in dieser Weise Kerne zu sammeln. Die erwachsenen Kirschenesser aber sollten mit gutem Beispiel vorangehen und nicht erst die Obstkerne auf die Straße werfen.

Der Lebensmittelausschuß hat eine größere Anzahl der von der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin herausgegebenen Flugschrift: „Das Einmachen der Früchte ohne Zucker nebst einer Anweisung zum Trocknen" von Hedwig Heyl, sowie vom Merkblatt „Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsternte" bezogen und bringt sie unentgeltlich zur Verteilung. Die Druckschriften können, soweit der Vorrat reicht, in den Mehlbezirken von jedermann entnommen werden.

Die Stadteier zeigen, wie vom Lebensmittelamte zur Aufklärung mitgeteilt wird, jeweils den für sie geltenden Preis durch den Stempelaufdruck, den sie führen müssen. Der Preis, der seither 22 Pf. betrug, gilt, soweit er aufgestempelt ist, weiter; der neue Preis von 24 Pf. gilt nur für seit gestern zur Stempelung gelangende Eier. Es ist also in jedem Falle der Stempel maßgebend. Die 24-Pf.-Eier sind dänische, größere Ware.

Unreife Walnüsse und unreife Haselnüsse werden vielfach eingemacht und zu Genußzwecken verwendet. Davon sollte in der Kriegszeit Abstand genommen werden, weil hierdurch die Entwicklung der Nüsse, und zwar die Bildung beträchtlicher Nährstoffmengen, unterbunden wird. Die reifen Samen der genannten Nüsse bestehen — ganz abgesehen von sonstigen für die Ernährung wichtigen Stoffen — mehr als zur Hälfte aus leicht verdaulichem Fett. Mithin ist es dringend erforderlich, die Nüsse sich entwickeln zu lassen und demnächst die reifen Nüsse in möglichst großem Umfange zu sammeln.

Sarrasani. Sonnabend um 3 Uhr gelten für Soldaten und Kinder halbe Preise. Das humoristische Ballett von dem Hofballettmeister Siems wird bereits am Sonnabend von neuen humoristischen Tanzbildern desselben Ballettmeisters abgelöst.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Heute abend 7¾ Uhr öffentliche Gemeinderatssitzung im Gemeindeamt.

Dölzschen. Nahrungsmittelverkauf. Im Verkaufslokal der Gemeinde kommt Sonnabend den 22. Juli zum Verkauf: Fleisch in Büchsen, a 1,93 M., Erbsen in Dosen, a 1,45 M., und Graupen, das Pfund zu 40 Pf. Ferner erfolgt noch die Verteilung von Butter und Hühnerfutter. Kartoffeln stehen diese Woche nicht zur Verfügung. Es wird wahrscheinlich dafür Anfang nächster Woche ein Quantum Mehl abgegeben werden können. Diejenigen Einwohner, die an der Kriegsküche teilnehmen, können an obigem Verkaufstage Graupen und Büchsenfleisch nicht erhalten.

Kemnitz. Auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarten Nr. 372 bis 540 und auf Lebensmittelkartenabschnitt 5 der Nr. 1 bis 425 wird Sonnabend den 22. Juli 1916 bei Trenich und Johne, hier, Inlandsbutter abgegeben. Auf jede Person entfällt ½ Pfund Butter zu 34 Pf. Bei der Abholung derselben ist der mit der Kopfzahl usw. versehene untere Abschnitt der Lebensmittelkarte vorzuzeigen. Familien, die zwei und mehr Lebensmittelkarten haben, müssen den mit dem Gemeindestempel versehenen Lebensmittelkartenteil abschneiden und vorzeigen.

Wilsdruff. Stadtverordnetensitzung. Die Stadt Nossen und die Gemeinde Röhrsdorf hatten an die hiesige Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet, sie möge ihnen von dem Gefrierfleisch, was zur Zeit zum Verkauf kommt, einige Zentner ablassen. Nossen benötigte fünf Zentner, Röhrsdorf drei Zentner. Da das zur Verfügung stehende Gefrierfleisch aber schon knapp bemessen ist, und auf baldige Nachlieferung nicht gerechnet werden kann, beschließt man, das Gesuch der beiden Gemeinden zur Zeit abzulehnen. — Man nahm ferner noch Kenntnis von den nunmehr fertigen Plänen zum Ausbau des alten Friedhofes zu einem Ehrenfriedhof für die gefallenen Kriegsteilnehmer. Nach dem Plane sollen die Gräber auf die größere Hälfte des Friedhofes kommen. Der ganze Platz soll mit Bäumen bepflanzt werden und vor der alten Kirche wird ein freier Platz geschaffen, der ebenfalls ringsum mit Bäumen bepflanzt, in der Mitte ein Denkmal aufweisen soll. Die Aussprache zu diesem Punkte war rege. Uns scheint, daß das allerschönste Denkmal für unsere Gefallenen die wirklich auskömmliche Versorgung ihrer Angehörigen bildet.

Ottendorf-Moritzdorf. Sonnabend den 22. Juli, von vormittags 8 bis 1 Uhr, gelangen im Gemeindeamt Kartoffelbezugsscheine zur Ausgabe. Die Kartoffeln sind im Gemeindeamt sofort zu bezahlen. Das Pfund kostet 11 Pf. Montag den 24. Juli, früh von 8 Uhr an, findet Butterverkauf in dem Konsum statt. Pro Person ½ Pfund. — Blinder Feueralarm erfolgt in den nächsten zehn Tagen für die Freiwillige Feuerwehr. Um Beunruhigung der Einwohnerschaft zu vermeiden, wird dies bekanntgemacht.

Radeberg. Inhaber der Warenbezugskarten 1001 bis 2400 erhalten 60 Gramm Speiseröl gegen Vorlegung der Warenbezugskarte und gegen Abgabe einer gelben Fettkarte Sonnabend den 22. Juli in den Geschäften von Hofmann, Oberstraße, Müller, Oberstraße, Thum, Hauptstraße, Uhlig, Hauptstraße, und in dem Konsumverein, Bismarckstraße.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß

wurde gegen den ehemaligen Bäcker, jetzigen Kaufmann Arno Alwin Richter verhandelt. Der 1873 geborene Angeklagte hatte früher eine Bäckerei und fing später, nachdem er angeblich 37 000 M. eingebüßt, ein Inkassobureau in Radeberg an. Der Fortbetrieb desselben wurde ihm untersagt. Dann siedelte er nach Radebeul über und gründete das Inkasseinstitut „Selbsthilfe". Er hatte großen Zulauf von Leuten, die durch ihn alle Forderungen eingetrieben haben wollten. Durch Zahlung von 3,50 bis 6 M. wurden sie Mitglied seiner Gesellschaft und laut Gesellschaftsvertrag hatte er für sie alle Außenstände einzukassieren. Von den eingezogenen Beträgen war er vertragsmäßig berechtigt, 10 bis 15 Prozent für seine Mühewaltung zu buchen. Wollte jemand die Mitgliedschaft aufgeben, mußte er vertragsmäßig acht Wochen vor Jahresschluß kündigen, sonst hatte er einen neuen Jahresbeitrag in der obengenannten Höhe zu leisten. Da R. am Jahresschluß eine Menge Mitglieder durch einen Rechtsanwalt um weitere Bezahlung der Jahresbeiträge mahnen ließ, erfolgte Anzeige. Die Polizei beschäftigte sich abermals mit seinem Unternehmen und er erhielt eine Anklage wegen Betrugs, da man bei ihm weder ein Kassenbuch noch sonst eine geordnete Geschäftsführung vorgefunden hatte. Laut Anklage hat R. in den Jahren 1912 und 1913 in 26 Fällen andere am Vermögen geschädigt (in Hunderten von Fällen ist das Verfahren eingestellt), indem er gegen einmalige Gebühr und gegen Provision versprochen hatte, Außenstände einzukassieren, seine Pflicht aber nicht erfüllt hat. Zur Verhandlung sind 22 Zeugen und als Sachverständiger Bücherrevisor Götze geladen. Vor Eintritt in die Verhandlung protestierte der Angeklagte gegen das ganze Verfahren, da er wegen derselben Sachen schon im Jahre 1913 bestraft worden sei und man wegen derselben Sache nicht zweimal bestraft werden könne. Die vielstündige Verhandlung endete mit der Freisprechung Richters. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß wohl eine große Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß der Angeklagte seine Verpflichtung nicht erfüllt, aber die Betrugsabsicht konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Hauptsächlich hatte er sich in den Kampf mit den Behörden verbissen, die ihm den Betrieb seines Geschäfts verboten. Er hat wohl für seine Kundschaft Zeit aufgewendet, da sie immer gelaufen käme, ob er Beträge eingezogen hatte, und diese Aufwendungen konnte er sich auch entschädigen lassen.

Pressestimmen über die Frage des Kriegsparteitags.

Von den zahlreichen Aeußerungen der Parteipresse über die Frage des Kriegsparteitags geben wir hier noch folgende wieder:

Die Chemnitzer Volksstimme kommt in einem „Entweder — oder" gezeichneten Artikel zu folgenden Betrachtungen im Anschluß an die Wahlen in Berlin und Leipzig:

Entweder wir nehmen jetzt vorbehaltlich späterer Richtigstellung Entscheidungen und Neuwahlen vor; dann aber nicht nur in einzelnen Wahlkreisen und Bezirken, sondern auf der ganzen Linie. Dann ist der Kriegsparteitag eine Notwendigkeit.

Oder wir verzichten auf Neuwahlen und Festlegungen. Dann aber nicht nur auf den Parteitag, sondern auch auf die abscheuliche Maßregelungsseuche gegen Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken. Dann müssen die alten Gesetze der Disziplin auf der ganzen Linie wieder hergestellt werden.

Was die Fraktionsmehrheit beschließt, ist dann Fraktionsbeschluß — was die Zentralinstanzen der Partei beschließen, muß von den Zentralorganen bei allem Recht freier Kritik durch den einzelnen doch anerkannt und vertreten werden. Dann darf niemand für Beitragssperre oder Sonderorganisationen werben, ohne sich damit außerhalb der Partei zu stellen . . .

Es ist höchste Zeit, die Minderheit vor die offene Wahl zu stellen, ob sie, bis die Genossen aus dem Felde zurückkehren, d. h. selbst im günstigsten Falle noch auf mindestens anderthalb Jahre bis zur vollendeten Demobilisierung die Parteidisziplin achten und von Maßregelungswahlen absehen will, oder ob sie den Kriegsparteitag unumgänglich macht. Der Parteivorstand ist es einfach seiner Ehre schuldig, nicht länger seine Anhänger im Lande schutzlos der Verfolgungswut der Opposition in den Wahlkreisen auszuliefern, in denen jene die Gewalt hat.

Das Hamburger Echo schreibt:

Es kann sich einzig und allein darum handeln, organisatorische Angelegenheiten zu regeln in der Notwehr gegen bewußte und unbewußte Parteistörer. Die Aufgabe kann nur sein, der Anarchie, die von einer Anzahl von Personen erzeugt und gefördert wird, einen Damm entgegenzusetzen. Und diese organisatorischen Angelegenheiten können sehr wohl erörtert werden. Das hindert der Kriegszustand nicht. Wenigstens haben wir nicht bemerkt, daß sich die Blätter irgendeiner der Oppositionsgruppen in ihrem Kampf gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, gegen den Parteivorstand, gegen die „Instanzen", gegen mißliebige Personen irgendeine Beschränkung auferlegt hätten oder hätten auferlegen lassen — ganz abgesehen von der Flugschriftenliteratur. Die Einschränkung lag ganz auf der anderen Seite, und sie war veranlaßt durch die Sorge um die Partei, die man nicht zum Gespött der Gegner machen wollte.

Alles aber hat seine Grenze. Ehe daß dem Verantwortungslosen schließlich die Arbeit von fünfzig Jahren des Aufbaues zur Zerstörung überlassen wird, muß die Entscheidung der Partei selbst gefordert werden. Ein Not-Parteitag soll zeigen, was die Parteigenossen wollen. Daß sie nicht alle ihre Stimme abgeben können, daß die Hälfte von ihnen nicht mitwirken kann, ist schlimm. Aber wenigstens können wir dafür sorgen, daß diese, wenn sie zurückkommen, noch eine Partei vorfinden, und nicht ein Chaos, in dem noch einige Diskussions- und Resolutionsklubs umherquirlen.

Die Mannheimer Volksstimme kommt zu folgender Stellungnahme:

Die Erörterung — natürlich nicht die Entscheidung — der Frage, ob noch in diesem Spätjahr ein Parteitag zustande kommen soll, um zu der die Partei zurzeit bewegenden großen Frage Stellung zu nehmen, wird vorläufig im Parteiausschuß erfolgen. Die Nachricht darüber hat die radikale Presse sofort zu einem scharfen Protest auf den Damm gerufen, in dem die Angst vor dem Urteil der obersten Parteiinstanz über die Kriegspolitik der Opposition deutlich zum Ausdruck kommt. Die Bekämpfung eines Kriegsparteitags erfolgt dabei teilweise mit Gründen, die wir auf jener Seite ganz und gar vermißt haben, als Groß-Berlin, entgegen allen bisher im Kriege geübten Gepflogenheiten, zu Vorstandswahlen und sonstigen einschneidenden organisatorischen Maßnahmen schritt. Davon abgesehen, scheinen uns aber gegen den Kriegsparteitag eine Reihe gewichtiger Gründe — auch solche hochpolitischer, weit über die Grenze des Reichs hinaus wirkender Art — zu sprechen, die uns zum mindesten veranlassen sollten, die Frage sehr ernst und eingehend zu prüfen. Im Parteiausschuß kann das ja nur so nebenher geschehen; die Parteiorganisationen sollten bei dieser wichtigen Frage nicht übergangen werden, und für alle Fälle wäre Vorsorge zu treffen, daß die endgültige Entscheidung in allen taktischen und grundsätzlichen Streitfragen, die der Weltkrieg in unserer Partei aufgeworfen hat, einem Parteitag vorbehalten bleibt, auf dem die Meinung der Millionen unserer Anhänger zur Geltung kommen könnte, die jetzt draußen im Felde ihre harte Soldatenpflicht tun.

Die Straßburger Freie Presse äußert:

Gegen die Abhaltung eines Parteitags sprechen sich Leipziger Volkszeitung, Elberfelder Freie Presse, Vorwärts und noch einige Parteiblätter aus. Auch wir müssen gestehen, daß die Abhaltung eines Parteitags in jetziger Zeit zweck- und wertlos ist. Wir haben von Anfang an im Parteistreit den Standpunkt vertreten, daß die Genossen im Felde auch ein Wort mitzureden haben und nicht, wenn sie zurückkommen, vor vollendeten Tatsachen stehen, an denen sie nichts oder herzlich wenig dann ändern können. Auch bei einem jetzt stattfindenden Parteitage wären die meisten Genossen im Felde, die aktiv in der Agitation standen, ausgeschaltet. Der Parteitag hätte mit seinen Beschlüssen keine Autorität. Dadurch würde der Wirrwarr nur noch vergrößert. Der Parteitag, der den Parteistreit schlichten soll, muß von vornherein über Autorität verfügen, die nachher nicht von der rechten oder linken Seite angezweifelt wird. Einen solchen Parteitag kann man jetzt nicht zusammensetzen, wo sogar in einzelnen Teilen des Reiches nicht einmal Delegiertenwahlen stattfinden können.

Das Sächsische Volksblatt (Zwickau) bemerkt:

Was nun die Frage selbst betrifft, ob Kriegsparteitag oder nicht, so sind wir nach wie vor der Meinung, daß von einem solchen Kriegsparteitag für die Partei nicht allzuviel zu erwarten wäre. Ganz abgesehen davon, daß Tausende der besten Genossen unter Waffen stehen, also von jeder Beteiligung am inneren Parteileben vollständig ausgeschlossen sind, würden auch die Beschlüsse eines solchen Parteitags niemals das Gewicht haben, das ihnen zukommen müßte. Wir verhehlen uns gewiß nicht, daß es eine ganze Reihe von Parteifragen gibt, die nach ihrer Lösung geradezu schreien. Aber wie sich nun einmal die Verhältnisse in der Partei gestaltet haben, würde ein Parteitag, der unter dem Damoklesschwert des Kriegszustandes seine Geschäfte besorgen muß, niemals die gewünschte Lösung bringen können. Im Gegenteil, wir haben geradezu die Befürchtung, daß ein solcher kriegsmäßiger Parteitag die Uneinigkeit in unseren Reihen nur noch verschärfen würde. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Dinge laufen zu lassen wie bisher und der Stunde des Friedens entgegenzuharren, die der Partei ihre volle Freiheit wiedergeben wird.

Die Arbeiterzeitung in Essen schreibt:

Wir haben in dem Streit der Meinungen Mäßigung und Zurückhaltung empfohlen, damit die Dinge nicht zur Spaltung der Partei treiben. Alle Mitglieder unserer Redaktion billigen die Tendenz des Aufrufs Braun und Genossen. Für die selbstverständliche Pflicht aller Unterzeichner dieses Aufrufs und darüber hinaus für die Pflicht eines jeden Genossen, der der Parteispaltung energisch entgegenwirken will, halten wir es, an seinem Teil an der Verhinderung eines Beschlusses auf Einberufung des Parteitages mitzuwirken. Das kann jetzt in den Vorständen der Bezirksorganisationen geschehen, in denen eine Reihe der Aufrufunterzeichner Sitz und Stimme hat. Das kann von den anderen Genossen geschehen, indem sie, soweit sie dazu in der Lage sind, auf das Parteiausschußmitglied ihres Bezirks einwirken und ihm die furchtbare Verantwortung vorstellen, die alle übernehmen, die jetzt einen Parteitag herbeiführen helfen.

Sollte aber das Unglaubliche geschehen, sollte ein Parteitag einberufen werden, so muß der hier und da aufgetauchte Gedanke, diesen Parteitag zu boykottieren, ihn nicht mit Delegierten zu beschicken, u. E. fallen gelassen werden. Gewiß könnten ganze Bezirke, Groß-Berlin, Sachsen, Frankfurt, Bremen, Niederrhein, Mitteldeutschland einen solchen Boykott fast restlos durchführen. Sie würden die Beschlüsse des dann zustande gekommenen Rumpfparteitages von vornherein der Lächerlichkeit überliefern. Und doch glauben wir, daß dieser Weg der verkehrte wäre. Kommt es, wie wir immer noch nicht glauben mögen, zu einem Parteitag, dann mögen alle Kreise ihn beschicken. Jeder Delegierte hat dann die Pflicht, auf dem Parteitag rückhaltlos seine Meinung zu sagen . . .

Für die Abhaltung des Parteitags setzt sich entschieden ein

Schwäbische Tagwacht:

Während in der ersten Kriegszeit die kleinen Parteikreise, die mit den Entscheidungen der berufenen Parteikörperschaften nicht einverstanden waren (ausgenommen lediglich Stuttgart), mit ihrem Widerspruch zurückhielten, ist die Opposition in den letzten Monaten in Formen aufgetreten, die man nur aus der Zeit der Radikalen, der Anarchistelei und der Berliner „Jungen"bewegung her kennt. Der Gesichtspunkt, daß man die wichtigen Fragen der Kriegstaktik der Partei nicht entscheiden dürfe, solange ein großer Teil der Parteigenossen im Felde steht, findet keine Beachtung mehr. Nicht nur werden alle diese Fragen in Orts-, Wahlkreis- und Bezirksversammlungen diskutiert und durch Beschlüsse Willensmeinungen ausgesprochen, es werden auf Grund solcher Beschlüsse sogar alle be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

währte Parteigenossen aus ihren Stellungen entfernt, es werden organisationswidrige Verbindungen über das ganze Reich hergestellt, Konferenzen abgehalten, Druckschriften des schmählichsten Inhalts in großer Zahl verbreitet zur Befehdung der Mehrheit der Reichstagsfraktion und zur Untergrabung des Ansehens des Parteivorstandes. Auch in der Parteipresse hat die Auseinandersetzung einen Umfang und eine Schärfe angenommen, die man in der ersten Kriegszeit nicht für möglich hielt.

Sowohl aus dieser Tatsache als auch aus der Abhaltung großer Versammlungen mit ausgedehnten Diskussionen ergibt sich, daß die Bewegungsfreiheit wieder eine beträchtlich größere ist als in den ersten Kriegsmonaten. In gewissem Maße ist das Recht der freien Schrift und Rede auch heute noch beschränkt. Das gilt aber nicht nur für die Opposition, sondern auch für die Mehrheit. Auch sie kann heute nicht alles öffentlich sagen, was sich zur Rechtfertigung ihrer Haltung sagen ließe. Entscheidend aber ist, daß die unterirdische Arbeit der Opposition das Parteigebäude ernstlich gefährdet. Von der einen Gruppe wird die Einstellung der Beitragsleistung an die zentralen Stellen der Partei agitatorisch vertreten. Vom der anderen wird dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion das Recht abgesprochen, im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu handeln. Planmäßig wird die Politik dieser Körperschaften zu durchkreuzen versucht. Wir kommen daher, nachdem wir lange Zeit hindurch die Bedenken, die gegen die Abhaltung eines Parteitags geltend gemacht wurden, zum erheblichen Teil geteilt haben, zu dem Ergebnis, daß die Einberufung eines Kriegsparteitags zur Notwendigkeit geworden ist.

Die **Breslauer Volkswacht** bemerkt:

Es liegt aber wahrhaftig kein Anlaß vor, die Anhänger des Kriegsparteitags nun wie eine Art Verbrecher zu überfallen. Es kann doch auch im Kriege Situationen geben, die einen Parteitag unabweisbar machen. Wir möchten an die Leipziger Volkszeitung, bei der die Furcht vor dem Parteitag am lebhaftesten sich äußert, die Frage richten: was gedenkt sie vorzuschlagen, wenn der Gesamtvorstand der Sozialdemokratischen Partei sein Amt niederlegt, weil ihm die Weiterführung desselben durch die geradezu infamen Angriffe unmöglich erscheint? Will sie dann den neuen Vorstand lieber durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion oder des Parteiausschusses oder die Kontrollkommission wählen lassen, und haben die überhaupt eine Befugnis dazu? Oder will sie vielleicht von dem bisherigen Vorstande verlangen, daß er weiter bleibt und die Geschäfte im Sinne der Minderheit gegen die Fraktion, gegen den Ausschuß, gegen die Mehrheit der Wahlkreise und der Parteiblätter und gegen seine eigene Ueberzeugung weiterführt? In einer solchen Situation könnte doch nur ein Notparteitag helfen.

Aber wir sind trotzdem heute noch gegen ihn, weil wir vom Parteivorstande verlangen, daß er auf seinem Platz bleibt und die Geschäfte im bisherigen Sinne weiter führt und weil wir wohl annehmen können, daß er das auch tun wird und an eine Dimission nicht denkt. Wir sind gegen den Parteitag, weil uns die meisten der oben genannten Gründe stichhaltig erscheinen, weil ferner die Vertretungen der kleinen Provinzkreise mangelhaft sein würden (was das richtige Bild auch verschieben würde) und weil wir den Genossen im Felde, die ihr Leben und ihre Gesundheit täglich in Gefahr bringen, nicht das Schauspiel einer Balgerei bieten dürfen, während sie uns vor dem Eindringen fremder Feinde behüten.

Im Gegensatz zu den meisten Anhängern der Opposition spricht sich der zur Minderheit gehörige Genosse Kurt Eisner für die Abhaltung eines Kriegsparteitages aus. Er sagt in einer Zuschrift an den **Vorwärts**:

Unterliegt bei den Delegiertenwahlen die Opposition, so bleibt in allen Fällen die Vermutung einer durch äußere Umstände behinderten Aufklärung bestehen, die die schließliche Entscheidung der solchermaßen nicht genügend unterrichteten Parteigenossen als zufällig und nicht bindend entwerten muß. Der Makel dieser Herkunft der Delegierten lastet dann natürlich verstärkt auf dem Parteitag und keine formelle Berufung auf die demokratische Pflicht der Unterwerfung unter Mehrheitsbeschlüsse würde einen denkenden und gewissenhaften Parteigenossen zur Verwechslung von Belagerungszustand und Demokratie verführen; Demokratie ohne unbegrenzte Freiheit der Selbstbestimmung ist ein Widersinn, ein Unding.

Anders steht es mit den Mandaten der Oppositionsdelegierten; die sind durchaus vollwichtig, da sie ja trotz der für ihre Sache ungünstigen militärischen Staatsgewalt (oder auch: verbündeten Militärgewalt) gewonnen worden sind. Die Mandate der durch die gegenwärtigen Verhältnisse gewaltsam, wenn auch wider deren Willen, von außen begünstigten Fraktionsmehrheits- und Parteivorstandsanhänger sind mithin von vornherein obios und haben keiner wirklichen demokratischen Prüfung stand. Hingegen gelten die Oppositionsmandate moralisch und demokratisch doppelt und dreifach, selbst wenn man über ihre sachliche Bedeutung eine ungünstige Meinung hegen sollte.

Und am Schluß der Eisnerschen Zuschrift heißt es:

Für die Delegierten gelten nicht die einschnürenden Rücksichten, die ein Redakteur auf die Existenz des ihm anvertrauten Blattes, ein Organisationsleiter auf den Bestand seiner Organisation nehmen muß, auf dem Parteitag wird von jedem Delegierten verlangt werden müssen und jeder bei der Wahl darauf verpflichtet werden, daß er rücksichtslos seine Ueberzeugung und seinen Willen ausspricht, ohne irgendwelche Zaghaftigkeit vor unangenehmen, persönlichen Folgen. Das tragisch stählende Wort eines französischen Offiziers: „Wir sind heute alle nur Tote auf Urlaub", muß für die Parteitagsdelegierten in dem Sinne beherrschend sein, daß sie ohne Menschenfurcht aussprechen, was ist, und bekennen, was sie zu tun gedenken. Ein mit solchem Geist erfüllter Parteitag wird über Parteiorganisation und Partei hinaus auf das ganze deutsche Volk und jenseits der Grenzen wirken. Und er kann wesentlich dazu beitragen, daß wir uns nicht mehr bloß mit dem leeren Protest begnügen müssen, durch den wir Verantwortlichkeiten ablehnen, sondern daß wir den Einfluß gewinnen, die Verantwortung für die Durchsetzung einer positiven und aktiven sozialdemokratischen Politik übernehmen zu können.

Darum sollte die Opposition sich für die Einberufung eines Kriegsparteitags erklären!

Aus aller Welt.

Ein gewalttätiger Schutzmann.

Der Schutzmann Gustav Gransitzky hatte sich unter der Anklage der Beleidigung und der Mißhandlung mit seinem Säbel vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu verantworten. Am Abend des 8. September 1915 erschien der Angeklagte in dem Lokal des Gastwirts Kage in der Weserstraße in Neukölln, der um 11 Uhr abends Polizeistunde hat, und gebot Feierabend. Von der Wirtin wurde ihm bedeutet, daß es noch nicht ganz 11 Uhr sei und daß sie selbst bereits Feierabend geboten habe. Als der Angeklagte die Straße wieder betreten hatte, schlug es erst 11 Uhr. Einer der Gäste des Lokals, der 52jährige Stereotypeur Starck, war ihm auf die Straße gefolgt, klopfte ihn auf die Schulter und machte ihn darauf aufmerksam, daß er sich in der Uhr geirrt haben müsse. Der Angeklagte wies ihm aber unter lautem Schimpfen zurück und fuhr ihn an: „Halt die Fr..... du Laufejunge! Ich irre mich überhaupt nicht und verbitte mir jede Einmischung!" Als Starck darauf erklärte, daß der Ausdruck „Laufejunge" doch einem 52jährigen Manne gegenüber verfehlt sei, schlug ihn der Angeklagte ins Gesicht. Starck taumelte und kam zu Falle, wobei er, da er sich an dem Angeklagten festhalten wollte, diesen mit zu Boden riß. Dann schlug der Angeklagte noch fünfmal mit dem Säbel auf den am Boden liegenden Mann ein und brachte ihm eine Verwundung bei; es wurde ihm ein Hautlappen von der Schädeldecke abgelöst. Schnell sammelte sich eine große Anzahl von Menschen an, die ihrer Empörung über das Verhalten des Schutzmanns Ausdruck gaben. Auch zwei des Weges kommende Unteroffiziere sprachen sich mißbilligend aus. Der Angeklagte fühlte sich durch einen der Unteroffiziere, der das Eiserne Kreuz trug, beleidigt und eilte in die nahegelegene Kaserne, um die Persönlichkeit des Unteroffiziers festzustellen. Bei dieser Gelegenheit stieß er schwere Beleidigungen gegen die Unteroffiziere aus. Der verwundete Starck wurde inzwischen nach der Militärwache und von dort nach Anlegung eines Notverbandes nach der Unfallstation gebracht. Er hat fünf Tage im Krankenhause zubringen müssen. Nach den Aussagen der vernommenen Zeugen ist das Verhalten des Schutzmanns ein ganz unbegreifliches gewesen; er hat sich während des ganzen Exzesses wütend und wie sinnlos gebärdet. Als Starck schon am Boden lag, hat der Angeklagte dem Kopf des Zeugen wiederholt auf die Bordschwelle aufgeschlagen und dann fünfmal mit dem Säbel auf ihn losgehauen; in seiner Wut hat er auch auf die Schutzumfriedung eines Baumes geschlagen. Der Angeklagte, der selbst entschieden bestritt, unter dem Einfluß des Alkohols gestanden zu haben, behauptete, daß er von Starck angegriffen und zu Boden gerissen worden sei und sich in der Notwehr befunden habe. Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate und eine Woche Gefängnis. Er erklärte das Vorgehen des Angeklagten für sehr brutal; als einzige Entschuldigung könne er geltend machen, daß er erst zur Waffe gegriffen, als ihn eine größere Menschenmenge umstand; er habe aber diese Ansammlung selbst verursacht.

Briefkasten.

H. M., Kötzschenbroda. Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. März 1914, Aufwandsentschädigung an Familien für im Reichsheer eingestellte Söhne betr., erhalten Familien, von denen eheliche oder den ehelichen gesetzlich gleichstehende Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit im Reichsheere, in der Marine oder bei den Schutztruppen als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, auf Verlangen Aufwandsentschädigung in Höhe von 20 M. pro Monat für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit genügenden Sohnes. — Sie müssen also auf das Wort gesetzlich den Wert legen. Es ist undenkbar, daß drei Söhne eine gesetzlich zehnjährige Dienstzeit gedient haben. Kriegsdienstjahre zählen nicht mit, auch nicht die Dienstjahre eines Kapitulanten. Ihre Schwager haben nach Ihrer Schilderung eben nur sieben Jahre gesetzlich aktiv gedient, zwei jedenfalls zwei Jahre, einer drei Jahre.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Vereinigte Freie Turner, Südostvororte. Abt. Leuben. Sonntag den 23. Juli Sportfest, verbunden mit Gartenkonzert. Das Turnen beginnt vorm. 8 Uhr. — Freie Turnerschaft Dresden-N. Sonnabend den 22. Juli, abends 9 Uhr, Vierteljahrsversammlung in Butters Restaurant, Johann-Metzer-Straße 8. — Löbnitzortschaften. Sonnabend den 22. Juli, abends 9 Uhr, Vereinsversammlung in der Goldnen Krone, Radebeul. — Löbtau. Fußballabteilung. Sonnabend den 22. Juli, abends 8½ Uhr, wichtige Sitzung bei Baumnitz.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Veranstaltungen für Sonnabend:
Zaucherode. Vortrag über allerlei Rechtsfragen.
Veranstaltungen für Sonntag:
Altstadt. Tageswanderung über die Einsiedlerfelsen. 6 Uhr Postplatz. Kosten 50 Pf. Führer: Liebscher. — Johannstadt. Waldteichwanderung. 6 Uhr Sachsenplatz. — Striesen. Wanderung. 2 Uhr Schillerplatz. — Leuben-Dobritz. Schweizwanderung. Treffen 5¾ Uhr am Jugendheim. — Kaitz-Leubnitz. Wanderung. 3 Uhr Jugendheim. — Loschwitz-Bühlau. Heidebummel. — Löbtau-Naußlitz-Plauen. Tages- und Nachmittagswanderung nach Wendischcarsdorf. (Badezeug!) Treffen 5 und 1 Uhr Bienertmühle. Führer: Genossin Hause und Opitz. — Cotta-Leutewitz. Tageswanderung nach dem Grillenburger Wald. 5¼ Uhr Ecke Hühndorfer und Lübecker Straße. Kosten 70 Pf. Führer: Willi Tröger. Badezeug ist mitzubringen. — Oberer Plauenscher Grund. Tageswanderung in das Triebischtal. 6 Uhr am Bad. — Gittersee. Badewanderung nach den Waldteichen. 5½ Uhr bei Taubmann. — Neustadt. Badepartie nach dem Waldteich. 4½ und 6 Uhr Bischofsplatz. — Pieschen. Tageswanderung nach dem Butterberg. 6 Uhr Leisniger Platz. Führer: Genosse Wirtgen. — Mickten-Kaditz. Schnitzeljagd nach dem Waldteich. 6½ Uhr Waldvilla. — Trachenberge. Waldteichwanderung. 7 Uhr am Jugendheim. — Coswig-Kötitz. Tageswanderung nach Tharandt. — Ottendorf-Okrilla. Spiele und Unterhaltung auf dem Spielplatz. 6 Uhr. — Königsbrück. Spiele im Freien.

Vereinskalender für Sonnabend

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Plauenscher Grund. Abends 8½ Uhr Quartalsversammlung im Gasthof zur roten Schänke (kleiner Saal) in Döhlen.

Musenhalle
Löbtau, Kesselsdorfer Straße 17. Straßenbahnlinien 7, 13, 22.
Täglich abends 8.10. Mit großem Beifall aufgenommen.
Der rote Hannis. Schmuggler-Lebensbild.
In der grünen Linde. Liederspiel in 1 Akt.
Und der neue vorzügliche Solotell. Erstklassig! [K 60
Jeden Sonntag 3 Vorstellungen. 11—1 Uhr, Nachm. 4—7 Uhr Programm wie abends. 1 Kind mit Eltern frei.

Fata Morgana Lichtspiele — Familien-Verkehr
Breite Straße 8 — See-Automat
Anfang: 3 Uhr — Spielplan von Sonnab. bis Dienstag:
Im Banne fremden Willens.
Detektivdrama aus dem Reiche der Wissenschaft in 5 Akten. [A 12
Außerdem: **Lustspiele** und **Naturaufnahmen.**
Plätze 30, 50, 75 Pf. Vereinskarten gültig.

Der Weg zu uns lohnt!
Jetzt noch preiswert
kauft jedermann
nur erstklassige Waren
(keine Kriegswaren)
ohne Bezugsschein
in dem bekannten
Bekleidungshaus Zur Glocke [K 54
25 Annenstr. 25 direkt Annenkirche.
Für Sommer und Winter
Herren- u. Knaben-
Anzüge für jeden Zweck
Gummimäntel
Ulster, Paletots
Loden- u. Manchest.-Joppen, Pelerinen
Sonn- und Werktagshosen
Berufskleidung

Für den Wandersport!! und Wandervereine:
Mansch.-Sporthosen
Sporthüte
Sportartikel
grosse Auswahl, preiswert.
Wir können den neuen Bezugsschein schon zeigen.

Kinderwag., Klappwag., Reisebetten billig bei Zeihold, Gerichtsstr. 10. Gebrauchte Wagen kaufe od. tausche.

Frauen-Artikel
Spülkannen Leibbinden
Frauen-Tee
Frau Freisleben
Postplatz u. Wallstr. 4
Man achte auf Firma!

Das führende Licht-Spiel-Haus der Residenz! [A 11
U.T. Licht-Spiele
Dresden-A., Waisenhausstr. 22
Telephon 17387
Undesward Licht
Schauspiel in 5 Akten, mit
Clara Wieth.
Im Kampf um Verdun
Hochinteressant.
14 Tage im Kittchen
Komödie in 2 Akten, mit
Carl Alstrup.
Schneelandschaft im hohen Norden
Neueste Kriegsberichte
von allen Fronten.
Wochentags 3½ Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Sarrasani
Täglich 8 Uhr
Sonnabend 3 u. 8 Uhr
Aischa
Vorh. der Sommerspielplan
Voo-Doo
u. die großen Nummern
Vorverkauf: Sarrasani, Tel. 23 843/44, u. Warenhaus Herzfeld. [L 147

Rest. Alt-Leipzig
Dresden-N., Röhnitzgasse 15,
empf. f. wert. Gönnern u. Freunden
ff. Speisen, ff. Getränke, sehr. Planino
Hochachtungsvoll Rich. Lange u. Frau

Rest. Deutsche Eiche
Tharandter Strasse 46 [K 198
Inhaber: Max Thiele. Halte meine Lokalitäten, u. a. Vereinszimmer zu Fabrik- und Gewerkschaftsbesprechungen, bestens empfohlen. — Fernsprecher Nr. 15 573.

Wegen Aufgabe meines Ladens ist die [A 12
Einrichtung
billig zu verkaufen.
Herrengarderobegeschäft
J. Heim
Leipziger Straße 87.

Gardinen
Rester von 1—5 Fenstern preiswert zu verkaufen [A 75
Starer, Grunaer Str. 22, 1.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Spartacus.

In der Geschichte des alten Rom ist es eines der fesselndsten Kapitel, über dem der Name steht: Spartacus.

In den thrakischen Bergen Griechenlands wuchs er heran, der Sohn eines vornehmen Geschlechts. Jüngling geworden, zog er mit thrakischen Hilfstruppen hinaus, um im Heere der römischen Republik mitzukämpfen. Aber er hielt es nicht aus in diesem strengen Dienst; er kehrte sich zurück nach der Freiheit. Er entfloh und führte ein gefahrvolles Abenteuerdasein in den heimatlichen Bergen. Doch nicht lange: Geschäftige Häscher fingen ihn und brachten ihn als Sklaven nach Rom. Als Sklave kam er in eine der Fechterschulen des kampanischen Capua.

Von den 20 Millionen Menschen, die damals auf der italienischen Halbinsel lebten, waren an vierzehn Millionen Sklaven. Aus allen Provinzen des mächtigen Reichs schickten die Heere der Republik ihre Kriegsgefangenen als Sklaven nach Rom. Mächtige Seeräuberbanden jagten an allen Küsten des Mittelmeers auf eigene Faust nach Menschen, und römische Großkaufleute waren willige Abnehmer ihrer lebendigen Beute. Was in Italien an häuslicher und handwerklicher Arbeit zu verrichten war, lag in den Händen von Sklaven. Auf den weiten Plantagen der römischen Vornehmen waren sie die Hirten und Arbeiter; wie Hunde gehalten, mußten sie werken von früh bis spät. Und nicht nur werken. Brauchten sie Kleidung, lachten ihre Aufseher und fletschten sie an: Gibt's denn auf den Straßen nicht Reisende genug mit guter Kleidung? Reiche Gutsbesitzer bewaffneten Horden von ihnen und hetzten sie gegen die Bauern der Umgegend zu Raub und Mord; es war die gegebene Methode der Bauernlegerei, der Ausweitung der Plantagen und ihrer Sklavenarbeit. . . . In den Städten, vor allem in Rom, war Sklavenarbeit alles, was nicht Staatsgeschäft und Kaufmannstätigkeit hieß. Sklaven waren die Diener, Sklaven die Türhüter. In den Bureaus saßen Sklaven, Sklaven hegten die Gärten. Schneidern, Flicken, Zimmern, Bauen — alles lag den Sklaven ob. Und Sache der Sklaven war es auch, die vornehmen Herren in den vielen Stunden ihrer Muße zu unterhalten und zu belustigen. Sache der Sklaven, das zahlreiche Lumpenproletariat freiloser „Bürger" der Republik in jener guten Stimmung zu erhalten, die von den Herren Senatoren für ihre Zwecke gebraucht wurde . . . In den Fechterschulen wurden die kräftigsten und gewandtesten besonders ausgebildet für diesen Beruf. Rücksichtslos und unter dem Büttel gewalttätiger Aufseher wie überall, übten sie hier jene Kämpfe der Arena, die sie gegen wilde, losgelassene Bestien zu führen hatten oder auch Mann gegen Mann — jene erbarmungslosen Kämpfe auf Leben und Tod, benutzt von einer entarteten Menge.

In eine solche Fechterschule kam Spartacus. Und aus ihr gelang es ihm — im Jahre 73 vor Christi Geburt — mit 70 seiner Gefährten auszubrechen. Schlecht bewaffnet, aber zum äußersten entschlossen, durchzog dieser Haufe das kampanische Land. Bald hatte er Zulauf. Zu Dutzenden, zu Hunderten liefen trotz drohender Todesstrafe die Hirten und Arbeiter ihren Aufsehern davon und schlossen sich an. Der Führer blieb Spartacus. Alle überragte er an Klugheit und Verwegenheit; aber er war auch milde und gerecht, und sie liebten ihn, wie sie ihn ehrten.

Die Bewohner der Städte schickten ihre Miliz gegen die Empörer, diese „Räuber", die nicht lange fragten, wenn sie zu essen und zu trinken brauchten. Spartacus mit den Seinen zog sich auf die unwirtliche Höhe des Vesuvs zurück. Dort sperrte man ihm Weg und Steg und hoffte auf seine Unterwerfung oder sein Verhungern. Aber es kam anders. In dunkler Nacht kletterten die Eingeschlossenen auf Leitern, die sie sich aus Weinreben geflochten, über unwegsam scheinende Schluchten hinab, überfielen ihre Belagerer mit Knüppeln und Waffen und zerstreuten sie in alle Winde.

Der Ruf dieses Streiches wirkte Wunder. Immer neue Haufen Entlaufener stießen zu der Schar. Und Spartacus selbst öffnete, durch die Lande ziehend, Hunderten und Tausenden die dumpfen Kerker, in denen sie zusammengepfercht waren. Sein Heer schwoll auf mehrere Zehntausende von Kämpfern.

Die Städte und die geplünderten Gutsbesitzer riefen Rom zu Hilfe. Die Republik mobilisierte zwei Legionen, an zehntausend Mann, zur Niederzwingung der Aufsässigen. Aber am Fluß Silarus schlug Spartacus diese beiden Legionen in blutigem Kampf.

Und wieder weckte die Kunde dieses Sieges Tausende Gedrückter und Getretener, ließ sie in heißer Hoffnung ihre Ketten zerbrechen und hinstreben zu dem großen Führer, der ihnen die Freiheit verhieß. Seine Macht wuchs mit jedem Tag. Der Himmel leuchtete weithin vom Feuerschein der Häuser reicher Menschenquäler. Städte wurden im Sturm erobert und mußten den Sklaven ihre Vorräte geben. Spartacus mühte sich ehrlich, unnötige Greuel, leichtfertige Verwüstungen zu verhüten. Mit bewundernswerter Energie suchte er zugleich seine regellosen Haufen zu organisieren und ließ Pferdeheeren einfangen, um einen Teil seiner Truppe beritten zu machen, war immer bestrebt, zusammenzuhalten, Einigkeit zu schaffen . . .

Leicht war das freilich nicht. Zu verschieden waren die Menschen, die da zusammenströmten. Nicht einmal eine Verständigung war immer möglich; aus allen Teilen der Welt stammten ja diese Gefangenen und Erjagten. Sie alle wollten die Freiheit. Aber über das Wo und Wie waren sich wenige klar. Es scheint, daß Spartacus daran dachte, seinen Scharen einen Weg über die Alpen zu suchen und dann allen den Weg nach ihrer Heimat freizugeben. Aber der Plan scheiterte. Da wandte er sich gegen Rom. Neuerdings suchten ihn die Truppen Roms zu fassen und zu werfen. Aber es gelang ihnen nur, einen kleineren, abgesplitterten Haufen zu schlagen. Die Gefallenen und die Gefangenen dieser Schar, die ihren Freiheitstraum am Kreuze büßen mußten, rächte Spartacus bald in einem zweiten und einem dritten Siege in den Apenninen und bei Mutina.

Nun zog blasser Schrecken in Rom ein. Es war wie in den Tagen, da es geheißen hatte: Hannibal vor den Toren! Sechs neue Legionen wurden aufgerufen und marschbereit gemacht, und ein General von Ruf, Licinius Crassus, ward an die Spitze der insgesamt acht großen Truppenverbände gestellt, um der Meuterer Herr zu werden.

In Vorhutgefechten flohen die neuen Truppen Roms zurück. Da ließ Licinius Crassus von allen Geflohenen immer den zehnten Mann hinrichten und trieb die anderen mit rücksichtsloser Strenge hinter die Haufen der Empörer drein. Spartacus zog nach Süden, zur Halbinsel Bruttium hin; sein Plan war jetzt, mit seiner Schar hinüberzusetzen nach Sizilien, dort die Massen der Sklaven, die in dieser „Kornkammer" der alten Welt frondeten, sehnsüchtig eines Befreiers harrend, gleichfalls aufzurufen und, durch sie verstärkt, seine Macht unüberwindbar zu machen. Aber der Flibustierhäuptling, dessen Flotte er gemietet hatte, ließ ihn im Stich. Da stand er nun mit seinen Tausenden, im Rücken das Meer, wo sich eine überlegene Truppenmacht, die über die ganze Halbinsel hin Wall und Graben gezogen hatte, um ihn, eingeschlossen, auszuhungern.

Doch wiederum glückte es ihm, durchzubrechen. In dunkler Winternacht stürmte er die feindlichen Befestigungen und bahnte sich einen Weg aus der Falle. Und neuer Schrecken lagerte sich über Rom. Unbesiegbar schien dieser entlaufene Sklave mit seinem Heer verachteten Gesindels, unüberwindbar in seinem Kampf für die Freiheit.

Vielleicht wäre wirklich dieser Haufe meuternder Sklaven unbesiegt geblieben, wäre er immer einig gewesen. Aber neuerdings splitterten sich die Gallier und Germanen von dem Gros der Griechen und Asiaten ab. Es gelang Licinius Crassus, zunächst diese Abgesplitterten zu stellen. Ein blutiger Kampf entbrannte. Zwölftausend der Empörer deckten den Boden. Alle ihre Wunden in der Brust. Die Körper der Gefangenen wurden gemartert, zerstückelt. Die Rache der Sieger kannte kein Erbarmen.

Doch noch blieb Spartacus und seine Schar. Erneuligt wagten sich die Legionen nun auch wieder an sie. Spartacus wich abermals zum Meere. Vor ihm richtete der Feind ein befestigtes Lager auf. Wieder wurde ein Durchbruch nötig. Sie wußten's alle: die Entscheidungsschlacht! Spartacus stieg vom Pferde, als er das Kommando zum Sturm gegeben hatte. Er wollte den Seinen zeigen, daß er bereit sei, mit ihnen und gleich ihnen alles zu wagen . . . Mit ungeheurer Wucht warf sich die zusammengeschmolzene, schlecht bewaffnete Schar auf die Uebermacht. Allen voran focht Spartacus. West hinein drang er mit seinen Getreuesten in die Reihen des Feindes. Aber der Gegner waren zu viel. Spartacus sank. Knieend kämpfte er weiter. Dann traf ihn der Todesstreich. Mit ihm, gleich ihm fielen Hunderte, Tausende.

Ein kleiner Teil nur schlug sich durch und zog gen Norden. Von Spanien nach siegreichem Feldzug heimkehrend, stießen auf ihn die Legionen, die der junge Pompejus führte. Es gelang ihnen, die geschwächten Haufen zu zerstreuen. Und nun begann eine Menschenjagd hinter den Entkommenen, wie sie die Geschichte kaum wieder gesehen hat. An der Straße von Rom nach Capua ragten sechstausend Kreuze gen Himmel, an die man die Empörer festgenagelt . . .

Licinius Crassus und Pompejus aber wurden für das nächste Jahr die Konsuln der Republik.

Eine Ausstellung des Friedens in Brüssel.

In der ehedem so ungenierten Weltstadt Brüssel, dem Haupte unseres westlichen Okkupationsgebietes, ist soeben eine Ausstellung „Soziale Fürsorge" eröffnet worden.

Der bewußte Wille und ausgesprochene Zweck der ungewöhnlichen und ernsten Darbietungen ist, die belgischen Volksmassen mit der deutschen Sozialversicherung bekannt zu machen.

Brüssel ist eine kleine Weltstadt, und hat man den militärisch hart arbeitenden Vorhof hinter sich gelassen, dann besticht auch heute noch das immer gleichartige und doch stets individuelle Bild der typischen Großstadt. Lebhafte Hauptverkehrsadern, reiche Spezialgeschäfte, Warenhäuser, elegant gekleidete Frauen und viel, auffallend viel gesunde, wehrfähige Männer. Schon dies weist auf Spezialprobleme der Verwaltung und Bewirtschaftung dieses von uns besetzten Landes hin, das so reich an Industrie und Weltmarktkundschaft, an kühnen Unternehmungsgrenzen und Gründungsenergien und doch so arm an sozialer Gesetzgebung ist.

Im Brüsseler Straßenkolorit spielt die deutsche Uniform eine viel weniger auffallende Rolle als jeder anzunehmen geneigt ist, der die Lage der Stadt zur Westfront bedenkt. Die schreienden Zeitungsjungen, das Leben auf den breiten Avenuen und Boulevards, die prächtigen Anlagen und eine Fülle wundervoller alter Bauten, dazu das sich immer wieder neuartig auftuende Rundbild auf die aus einem Talkessel hochgewachsene Stadt — alles das weht einen eigenen Schleier. Es verhindert leicht den freien Blick nach den wenig weit entfernt liegenden, entsetzlichen Schlachtfeldern, es verhindert ebenso leicht das Erkennen der bitteren Spuren des Krieges in der Stadt selbst und der Fülle organisatorischer und verwaltungsmäßiger Arbeit, die hier dauernd zu leisten ist.

Das Feuerwerk der Großstadt flimmert und schillert allnächtlich, das großstädtische Leben pulsiert — manche sagen, wie ehedem — ja, nächst dem Schlage der deutschen Polizeistunde steigert es sich im Zentrum sogar zum heißeren Tempo, um doch eine Stunde später in den tausend toten Winkeln der dunklen Straßen wirkungslos zu verpuffen. Hinter all diesen Dingen wird in Belgien täglich hart gearbeitet. Das industriereiche, stark proletarisch durchsetzte Land hat, wie schon gesagt, keine einschneidenden Abgänge an wehrfähigen Männern. Seine auf intensive wirtschaftliche Expansion eingestellte Produktionsmaschinerie konnte sich nicht einfach umschalten; dazu kommt noch, daß die widerstreitendsten Interessen in ihr tätig sind, manche sie sogar gern als politisches Instrument sehen möchten — so wachsen die Fragen der Arbeiter ins riesengroße. Es tritt bei schärferem Sehen das Traurige des Krieges, die Not der Massen und der Mangel an gesetzlicher Sozialfürsorge — eine der Stützen der deutschen Staatsenergie — erschreckend deutlich ins Licht. Ebenso wird dann sichtbar, wie ernst und mit welch verschwenderischem Aufwand von eifrigem Wollen und Können jetzt gearbeitet wird, um das Land lebendig zu erhalten.

In diese widerstreitende Welt eine Ausstellung „Soziale Fürsorge" hineinzustellen, ist eine nicht zu unterschätzende Leistung. Sie spricht laut von großem Optimismus.

Die großen Richtlinien der Ausstellung gliedern das zu Sagende in vier Gruppen. Sie zeigen die Organisierung und die Ergebnisse der staatlichen Versicherung für Arbeiter und Angestellte, dann das Wohnen der Arbeiter, des weiteren die Bekämpfung der Volkseuchen, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholmißbrauch, und die Unfallfürsorge. Hier ist der einzige Anknüpfungspunkt der Ausstellung an den Krieg zu finden; die Unfallfürsorge wird unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten gezeigt.

Das Reichsversicherungsamt, mit Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen, die Angestelltenversicherung und der größte deutsche Unternehmer, die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen zeigen eine Fülle von Photographien, Bilderstatistiken und Modellen. Das Rote Kreuz gibt Anschauungsunterricht für Säuglingsschutz und Kinderfürsorge. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose demonstrieren in ihrer bekannten eindringlichen Ausstellungssprache. In der Abteilung für Unfallfürsorge und Kriegsinvalidenfürsorge werden durch Kriegsverletzte Prothesen vorgeführt.

Die deutsche Privatindustrie ist durch die A. E. G., durch die Bolsen-Keks-Gesellschaft — die eifrig an unsere Soldaten umsonst Kekspakete verteilt — und Manoll vertreten.

Ein Spezialproblem der Ausstellung ist es, so zu sprechen, daß es der Belgier verstehen kann. Das nächstliegende ist die Mehrsprachigkeit, zum mindesten der Generalhinweise. Sie sind allgemein deutsch, flämisch und französisch zu finden. Hier wird wohl im Laufe der nächsten Wochen praktischerweise noch mehr geschehen. Drucksachen finden sich ebenfalls in drei Sprachen. Zweifellos das Bedeutsamste und Neuartigste ist das Kolossalkino als Vermittler der Ausstellungsidee. Hier kann er auf eigenen Wegen fruchtbar wirken.

Wir sahen den Versuch der kinematographischen Erklärung der Angestelltenversicherung. In bunter Folge wechselten Bilderstatistik, Szenen aus dem Leben des Kaufmannsgehilfen Müller, Betriebsaufnahmen des Reichsversicherungsamtes, Schilderungen einer Heilanstalt und ähnliches. Diese Sprache ist neu und sinnenfällig; wird sie zur Meisterschaft entwickelt — das Kino bietet alle Voraussetzungen dazu —, dann kann sie eine ernsthafte Propagandasprache und gutes Anschauungsmaterial von bleibendem Werte werden.

Den belgischen Arbeitern ist der Besuch der Ausstellung leicht gemacht. Der Eintritt kostet nur 20 Centimes, das Kino ist für jedermann frei. Der Eisenbahnfahrpreis ist für auswärtige Besucher auf die Hälfte herabgesetzt; in der Ausstellung ist für billigstes Essen Sorge getragen.

So steht die Tat. Möge sie Gutes wirken. Ein umfassendes Urteil, wie sich die belgische Bevölkerung mit der deutschen „Sozialen Fürsorge" beschäftigen wird, muß naturgemäß noch dahinstehen. Es kann aber schon mitgeteilt werden, daß der erste verregnete Ausstellungssonntag guten Besuch brachte und daß die feldgraue Uniform durchaus nicht dominierte.

Kurt Heinig-Brüssel.

Das Kräutersammeln für Arznei-, Tee- und Kaffee-Ersatz.

ek. Heute, da es gilt, alle verfügbaren Produkte nach Möglichkeit zu verwerten, wird auch das Augenmerk auf die zahlreichen wildwachsenden Pflanzen gelenkt, die vielfach als Arznei-, Tee-, Kaffee-Ersatz usw. verwendet werden können. Wenn das Kräutersammeln schon früher mit viel Eifer betrieben wurde, so hat es diesmal im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse eine besondere Bedeutung, weshalb auch mit Nachdruck darauf zu achten ist, daß das Sammeln nach vernünftigen Grundsätzen geschieht, so daß einerseits alles Brauchbare geerntet wird, andererseits aber die Pflanzen selbst nicht unnötig beschädigt werden. Wie die Deutsche Landwirtschaftliche Presse in einer diesbezüglichen Erörterung betont, wurde in den letzten Jahren durch gewerbsmäßiges, aber nicht immer zweckdienliches Kräutersammeln an unseren heimischen Pflanzen mancher Schaden durch Leichtfertigkeit und Unkenntnis angerichtet, und es sollte in diesem Sommer besonders darauf geachtet werden, daß man nur diejenigen Pflanzenteile — wie Blätter, Blüten und Früchte — erntet, die sich zur Verarbeitung eignen, während alles Uebrige in weitestgehendem Maße geschont werden soll. So könnte durch dieses Sammeln die Himbeer-, Preiselbeer- und Brombeer-Ernte beeinträchtigt werden, wenn die Sammler sich nicht darauf beschränken, den Stauden die jungen Blätter und Triebe zu entnehmen, sondern überflüssigerweise auch die Blütenstände selbst verletzen. Werden diese Ratschläge jedoch beachtet, so kann das Sammeln erfolgreich geschehen, ohne daß die genannte Ernte eine Einbuße erleidet. Ein vortrefflicher Tee läßt sich aus Brombeerblättern zubereiten, denen als Beigabe zu einem Viertel Himbeer- und Erdbeerblätter, Zweigspitzen des Heidekrauts, Heidelbeer- und Preiselbeerblätter zugefügt werden. Das Sammeln von Tee- und Arzneipflanzen geschieht am besten bei sonnigem Wetter, damit die Pflanzen möglichst noch am gleichen Tage in dünnen Schichten getrocknet werden können. Stundenlanges Aufbewahren im Rucksack hingegen läßt die Pflanzen leicht gären und schwarz werden. Zur Herstellung des Tees im Haushalt werden die getrockneten Pflanzen, nachdem die gröbsten Stengel entfernt wurden, in etwa einen halben Zentimeter kurze Stückchen geschnitten und in Blechbüchsen untergebracht, woselbst sie während des ganzen Winters aufbewahrt werden können. Um den Heugeschmack zu entfernen, kann man diesem Pflanzentee auch ein wenig schwarzen Tee zusetzen. Zur Vermeidung der Ausartung empfiehlt die Deutsche Landwirtschaftliche Wochenschrift vor allem Baldrian, Bitterklee, Kalmus, Seifenkraut, Tausendguldenkraut zu schonen, während Bilsenkraut, Hagebutte, Heidelbeere, Huflattich, Johanniskraut, Kamille, Kümmel, Lindenblüte, Spitzwegerich, Wermuth und Wacholderbeere wegen ihrer Ausbreitung ohne Einschränkung gesammelt werden können. Im Hinblick auf die Einschränkung des Verbrauches von Kaffeebohnen sei noch darauf hingewiesen, daß man aus den Früchten des Weißdorns nach geeigneter Behandlung einen guten Kaffee-Ersatz herzustellen vermag.

Der Kraftwagen als „Eisfabrik" an der Front.

Die Konservierung der Lebensmittel bei einem über mehrere Sommer sich erstreckenden Stellungskrieg spielt für die Front keine geringere Rolle als im Inland. Die Zuhilfenahme der Kälte stößt nun bei den primitiven Lebensbedingungen, unter denen die Truppen im Felde, auch noch in der Etappe, naturgemäß zu leben haben, auf große Schwierigkeiten. In manchen Fällen hat man sich durch Aufspeicherung von Natureis in zu diesem Zweck teilweise dicht bei der Front eingerichteten Eiskellern zu helfen vermocht. Der Ausbau solcher „Kriegseiskeller" ist aber schon durch die auf großen Strecken vorkommen ungeeigneten topographischen Verhältnisse sehr eingeengt, außerdem aber noch in seiner Verwendbarkeit von den zufälligsten kleiner Frontverschiebungen u. a. beeinträchtigt. Es ist daran zu denken, daß die hochentwickelten deutschen Kältetechnik als ein besonderes Verdienst anzurechnen, daß sie auch den hier vorliegenden, ganz neuen Anforderungen in verhältnismäßig kurzer Zeit durch den Bau von Eiserzeugungskraftwagen zu entsprechen vermochte. Diese sollen, wie aus der Zeitschrift für Eis- und Kälteindustrie zu ersehen ist, überall dort, wo ortsfeste Erzeugungsanlagen sich von selbst verbieten, besonders also in nächster Nähe der Front, das benötigte Kunsteis zu liefern imstande sein. Die ganze Apparatur ist bei diesen Wagen auf einem einzigen schweren Lastautomobil untergebracht. Die Eiserzeugung erfolgt mit Hilfe eines besonderen, vom Fahrzeugmotor unabhängigen Benzinmotors, der auch während der Fahrt seine Arbeit fortsetzen kann. Um Platz bei der Austeilung der erzeugten Eismenge zu schaffen, hat die Seiten- und Stirnwände des Wagens zum Herabklappen eingerichtet und mit Stützen versehen, so daß sie Bedienungsbühnen bilden, die die ganze Anlage bequem zugänglich machen.

„Welch entzückender Abend . . ."

Ein ausnahmsweise unkriegerisches, dafür aber auch recht unterhaltsames Geschichtchen weiß Paris-Midi aus dem Hause des französischen Generals Lyautey zu berichten. Der General pflegte seine Mußestunden völlig seiner Liebhaberei für Tiere zu widmen, und er hielt sich stets einen dressierten Affen und einen Papagei, die er selbst auf Reisen mitnahm. Während der Affe nach Ansicht des französischen Blattes ein Wunder an Verstand und Geschicklichkeit war, zeigte sich der Papagei weniger gelehrig, da er, trotz allen Bemühungen, in seinen sprachlichen Kenntnissen nicht über den einen Satz hinauskam: „Welch entzückender Abend!" Warum ausgerechnet dieser Satz dem Tier gefiel, ist nicht aufgeklärt, Tatsache aber ist, daß der Papagei nur diese Worte zu sprechen vermochte. Eines Abends nun begab sich General Lyautey zu einem Fest und er beging die Unvorsichtigkeit, seine beiden Hausgenossen unbewacht in demselben Zimmer zurückzulassen. Als er spät nach Mitternacht wieder heimkehrte, bot sich dem militärischen Tierfreund ein Bild des Schreckens. Der Affe hatte sich mit einer Unzahl bunter Papageifedern geschmückt und betrachtete im Spiegel grinsend diesen neuen Schmuck, während der Papagei, völlig gerupft, auf die höchste Krone der Lampe geflohen war und mit im Todeskampf röchelnder Stimme krächzte: „Welch entzückender Abend!" Seit dieser Zeit soll General Lyautey auf derlei Freuden im Hause verzichtet haben.

Humoristisches.

Der beleidigte Opernsänger. Nachtwächter: „Wenn Sie nicht aufhören zu singen, schreibe ich sie auf wegen ruhestörenden Lärms!" — Angeheiterter Opernsänger (entrüstet): „Oho, ruhestörenden Lärm nennen Sie das . . . dafür würden andere drei Mark Eintritt zahlen!" (Fliegende Blätter.)

Eine Erfahrene. Tochter des Hauses: „Der Herr Assessor hat Mamas Einladung zum Mittagessen angenommen; ich glaube nun doch jetzt, daß er ernstliche Absichten auf mich hat!" — Die alte Köchin: „Ach, gnä' Fräulein, wie viele haben bei mir schon gegessen . . . und doch bin ich sitzen geblieben!" (Fliegende Blätter.)

Dresdner Kalender.

Zentraltheater. In der morgen Sonnabend stattfindenden Erstaufführung des Schwanks Fräulein Witwe von Léon und Alexander Engel sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen: Lili Breda, Grete Kaiser, Helene Lauterbäck, Louise Scheurich sowie die Herren: Oskar Aigner, Julius Brandt, Fritz Feher, Rudolf Kurt, Kurt v. Möllendorff, Hanns Waschatko.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160721/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG